

UNSERE FREIHEIT

...man kann sich dafür einsetzen.

Egon W. Kreutzer

Egon W. Kreutzer
Unsere Freiheit
- Erstausgabe -

EWK-Verlag – Kühbach-Unterbernbach, Februar 2008

ISBN 978-3-938175-35-4

Verlag, Satz, Druck und Gesamtherstellung: E.W.K. ...der Unternehmerberater e.K.

© E.W.K. ...der Unternehmerberater e.K., Kühbach-Unterbernbach

Alle Rechte vorbehalten

Vorwort

Dieses Büchlein ist die Zusammenfassung von vier Aufsätzen, die im Januar und Februar 2008 zunächst im Internet veröffentlicht wurden. Der erste erschien unter dem Titel „Der Bürgerkrieg“, die folgenden als die Teile 1, 2 und 3 von „Unsere Freiheit“.

Weil es mir einigermaßen leicht fällt, aus meinen Texten Bücher zu machen, will ich all denen, die beim Lesen lieber bequem im Sessel sitzen, als angestrengt auf einen Bildschirm zu starren, mit dieser gedruckten Ausgabe gerne entgegenkommen. Zudem gehe ich davon aus, dass die Weitergabe eines Buches – sei es, dass man es verleiht, sei es, dass man es verschenkt – beim Empfänger wirkungsvoller ankommt, als die Weitergabe eines Links per E-Mail.

Letztlich bin ich selbst zu der Auffassung gelangt, dass die gesamte Problematik, von der Analyse des Status quo, über die Definitionen von „Wir“ und „Freiheit“ bis hin zu den „Hinweisen für das Gelingen“, einen besonderen Rahmen verdient hat. Nicht wegen meiner Verdienste um das Thema, die sind eher bescheiden, sondern wegen der großen Bedeutung der immer noch unbeantworteten Fragen für uns alle.

Dass ich im letzten Abschnitt, der sich den Möglichkeiten der Verteidigung unserer Freiheit widmet, eine Vorgehensweise empfehle, die sich an das Vorbild der Graswurzelrevolution anlehnt, mag manchen enttäuschen. Doch halte ich ein Vorgehen, das nicht auf spektakuläre Aktionen abzielt, sondern darauf, ein Heer anonymer, selbständig agierender

Einzelkämpfer zu aktivieren, für das letzte überhaupt noch verfügbare Mittel zur Verteidigung unserer Freiheit.

Die Begründung für diese Einsicht habe ich mehr zwischen den Zeilen geliefert. Sich mit den einzelnen Aspekten intensiv auseinanderzusetzen, würde – von der Kritik am unformen Meinungsstrom der großen Medienkonzerne über die ausführliche Globalisierungs- und Europäisierungs-Kritik bis hin zum Zustand unserer Demokratie, die ihre Souveränität bereits weitgehend an Kommissare, Räte und Richter der EU abgegeben hat – ein weiteres, umfangreicheres Buch füllen, und den Rahmen der hier im Mittelpunkt stehenden Überlegungen sprengen.

Gerade kritische Menschen, die ich ja bevorzugt ansprechen will, werden beim ersten Lesen Probleme haben, die von mir vorgetragenen Analysen nachzuvollziehen und meinen Folgerungen zuzustimmen. Wahrscheinlich hätte ich mich vor zehn Jahren von der einen oder anderen Passage auch noch strikt distanziert. Das liegt – so glaube ich – weniger daran, dass ich älter geworden bin, sondern hauptsächlich daran, dass sich die Zeiten und die Umstände geändert haben, unter denen wir – heute – in Deutschland leben.

So möchte ich allen Skeptikern empfehlen, zu überprüfen, ob die Gewissheiten und die daraus resultierenden Einstellungen, die sie irgendwann im Laufe ihres Lebens gewonnen haben, denn wirklich noch mit dem in Übereinstimmung zu bringen sind, was uns heute als Realität umgibt.

Deutsche Kampfflugzeuge am Himmel über Afghanistan, ausländische Heuschrecken als Eigentümer kommunaler Wohnungen und ehemaliger deutscher Staats- und Privatunternehmen, dazu ein Millionenheer von Arbeitslosen, eine immer weiter auseinanderklaffende Schere von Arm und

Reich, Ein-Euro-Jobs als Sonderform der „Zwangsarbeit“, Wahlkämpfe, Bankenkrise und massive Teuerung, Wahlkämpfer, die der Forderung nach dem flächendeckenden Mindestlohn mit der Forderung nach härteren Strafen für jugendliche ausländische Straftäter begegnen – das alles hat mit dem Deutschland, das wir von 1949 bis etwa 1980 gekannt haben, fast nichts mehr zu tun – und der seit 1980 festzustellende Verfall von Staat und Gesellschaft, von Wirtschaft und Sozialsystemen schreitet ganz offensichtlich immer weiter fort.

Meine Überzeugung ist, dass wir uns endlich Klarheit verschaffen müssen, wer „wir“ denn überhaupt sind, unter welchen Bedingungen wir unsere Zukunft gestalten wollen und welche Anstrengungen erforderlich sein werden, die dafür notwendige Freiheit zu erringen.

Unterbernbach, im Februar 2008
Egon W. Kreutzer

Der Bürgerkriech

Oberammergau zeigt der Welt alle 10 Jahre sein berühmtes Passionsspiel. In Rostock stellen sich die Großsegler alljährlich bei der "Hanse Sail" zur Schau. Ebenfalls alle Jahre ergötzt sich das Publikum zu Furth im Wald am Drachensich. Die größte, traditionelle Zurschaustellung bürgerlicher Tugend und Sitte ist jedoch der in Deutschland ganzjährig zu bestaunende Bürgerkriech. Der Bürgerkriech ist so etwas ähnliches, wie ein Schneckenrennen, nur dass hier die Schnecken Beine haben. Martin Morlock hat es in seinem Gedicht "*HUGO - eine deutsche Tragödie*" seinerzeit so in Verse gegossen:

"Hierzulande wird gekrochen,
Emsig ernst, so will's der Brauch.
Wer sich steif hält, wird gebrochen,
Kaltgestellt und ausgestochen.
Die, die ihre Wirbelknochen
Biegen können, wie die Rochen,
Kommen heil durch die Epochen -
Hierzulande wird gekrochen.
Auf den Leim und auf dem Bauch."

Und wie die Schnecken im Schneckenrennen sind auch die Bürger im Bürgerkriech so von der ihnen zugedachten Rolle durchdrungen, dass sie gar nicht mehr auf die Idee kommen,

ihre Situation bewusst zu reflektieren, ihr Verhalten zu hinterfragen und sich dabei der eigenen Lächerlichkeit bewusst zu werden. Den Schnecken reicht ein lockend hingehaltenes Salatblatt, um diesem bis zur Ziellinie – Zentimeter für Zentimeter – blind nachzujagen, während den Teilnehmern am Bürgerkrieg noch nicht einmal eine Belohnung winkt, wenn sie sich - ohne nachzudenken - im vorauseilenden Gehorsam kriechend verbiegen, sich den immer neuen Phantasmagorien unterwerfen, die von der sogenannten, selbsternannten "Mitte" in übermütig schneller Folge in das geworfen werden, was immer noch "Die Diskussion" genannt wird.

Hört ihr Leut' und lasst Euch sagen,

Das Prinzip des Zufalls ist die Häufung.

Es wäre also nur Zufall, hätte es tatsächlich in den letzten Wochen eine Häufung krimineller Akte jugendlicher Ausländer gegeben. Es wäre ein zusätzlicher Zufall, hätte es zeitgleich eine Häufung von Fällen tödlich endender Kindesvernachlässigung und Kindesmisshandlung gegeben. Einer zufälligen Häufung müsste jedoch bald darauf eine mehr oder minder lange Phase geringer krimineller Aktivität jugendlicher Ausländer und niedriger Kindesmisshandlungszahlen folgen. Das vermeintliche Problem wäre ein Possenspiel des Zufalls, und wenn das tumbe Volk das schon nicht erkennt: Verantwortliche Politiker sollten es wissen und den schnell entfachten Schrei der Massen nach Rache dämpfen.

Das Prinzip der Manipulation hingegen ist die geschickte Lenkung der Aufmerksamkeit.

Sollte die vermeintliche Häufung krimineller Akte jugendlicher Ausländer, die vermeintliche Häufung von Fällen vernachlässigter und misshandelter Kinder nur dadurch zum Thema geworden sein, dass Politiker und Medien die Aufmerksamkeit des Publikums auf Tatbestände lenken, die sonst - aus welchen Gründen auch immer - von Politik und Medien lieber verborgen gehalten werden, um eine Stimmung zu erzeugen, in der dumpfe Rachegefühle endlich wieder einmal als legitimes Streben nach Gerechtigkeit verstanden werden dürfen, dann wird den hysterischen Meldungen der letzten Woche keine mehr oder minder lange Phase ohne kriminelle Aktivität und ohne Kindesmisshandlung folgen, sondern, wenn der Zweck erreicht, die Wahl in Hessen gewonnen ist, wird lediglich die diesbezügliche Berichterstattung nachlassen und dann für lange Zeit wieder ganz verschwinden.

Und das Schöne daran:

Der Bürger darf sich freuen. Die Sicherheit ist mit der Wahl des Hardliners wiederhergestellt. Mutiges Eingreifen, strengere Gesetze, härtere Strafen haben gewirkt. Es ist doch wieder ruhig geworden im Lande. So jedenfalls sieht es aus, solange man den Kopf nicht hebt, denn:

Zum Thema Kindesmisshandlung

wissen die Kriminalämter von Bund und Ländern zu berichten, dass alleine die erfassten Fälle von Kindesmisshandlung im Jahre 2006 bundesweit die Größenordnung von vier Fällen pro 100.000 Einwohner erreichten. Das sind also in absoluten Zahlen rund 3.200 bis 3.300 Fälle pro Jahr, jeden Tag neun Fälle von roher Gewalt oder Gesundheitsschädi-

gung gegenüber Kindern durch "böswillige Vernachlässigung" der Sorgspflicht. Ein Delikt, für welches das Strafrecht längst Freiheitsstrafen von sechs Monaten bis zu zehn Jahren vorsieht. Wohl gemerkt, es handelt sich um neun erfasste Fälle pro Tag. Die Dunkelziffer, so heißt es, soll ganz besonders hoch sein.

Was bezweckt nun die Hohe Politik, wenn sie den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit auf ein Phänomen lenkt, das so alt ist, wie die Menschheit? Was soll die Strafverschärfung helfen, wenn schon heute für Misshandlung ohne tödlichen Ausgang zehn Jahre Gefängnis drohen und trotzdem alle zweieinhalb Stunden von den Behörden der Fall eines misshandelten Kindes erfasst wird, dessen Leidensgeschichte sich im Zweifelsfall über Wochen, Monate oder gar Jahre hingezogen hat?

Auch die mit den allergrößten Krokodilstränen vorgetragenen Appelle an die Mitverantwortung der Mitbürger werden kein Kind retten - und die Kultur des Hinsehens, die uns angeblich fehlt, obwohl an Gaffern und Voyeuren, an Zuträgern und Denunzianten nie ein Mangel herrscht, wird ebenfalls kein Menschenleben retten - aber sie wird Zwietracht und Unfrieden, Misstrauen und Hass säen und so in ihrer Wirkung die uralte Herrschaftsregel "divid et impera - teile und herrsche" offenbaren.

Als ich in diesem Zusammenhang erstmals das ungeheuerliche Wort von der "Kultur des Hinsehens" hörte, fielen mir zuerst die Heerscharen der Blockwarte und der "IM", der inoffiziellen Mitarbeiter der Stasi ein. Braucht unser Staat (ist es überhaupt noch unser Staat?) neben der annähernd totalen Kommunikationsüberwachung, die zugleich auch die Überwachung des Aufenthaltsortes aller elektronisch kommunizierenden Bürger einschließt, wirklich auch noch den jederzeitigen Zugang zu allen Wohnungen?

Verbirgt sich hinter dem Vorwand, dem Kindeswohl dienen zu wollen, nicht wieder nur ein Versuch, endlich das störende Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung so weit auszuhöhlen, dass der Bürger dem Staat nicht weniger nackt und unverhüllt untersteht, wie der Gefangene im Tag und Nacht beleuchteten, ringsum offenen Käfig in Guantanamo seinen Wärtern?

Sie meinen, das sei übertrieben? Träumen Sie weiter.

Wenn sich künftig verdächtig macht, wer sich nicht beeilt, dem Sozialamt die Wohnungstür aufzuschließen, dann ist auch dieser letzte Damm gebrochen - und wofür eigentlich? Wir haben nun doch weiß Gott ausreichend viele Kriminalfilme gesehen, um zu wissen - auch ohne dass wir die Polizeigesetze der Bundesländer auswendig aufsagen können - dass die Polizei bei begründetem Verdacht und konkreten Hinweisen auf eine Straftat auch heute schon mit Hilfe eines richterlichen Durchsuchungsbefehls - und bei Gefahr in Verzug auch ohne - jede Wohnung betreten und durchsuchen darf. Von den Mitarbeitern der geheimen Dienste ganz zu schweigen.

Und wenn erst einmal das Sozialamt das Kindeswohl per unangemeldetem Hausbesuch kontrolliert, folgt dann nicht zwangsläufig der unangemeldete Kontrollbesuch zum Schutz der Ehefrau vor Übergriffen des Ehemannes, zum Schutz des potentiell depressiven Suizid-Singles im Ein-Zimmer-Appartement vor sich selbst?

*Hört ihr Leut' und lasst euch sagen,
uns're Glock hat zwölf geschlagen...*

Versuchen Sie sich doch einfach daran zu erinnern, wie spät es wirklich schon ist! Hier eine keineswegs vollständige Sammlung von Beispielen:

Harmlose Sommerzeit

Seit Urzeiten ticken alle biologischen Uhren in dem Rhythmus, in dem sich unsere Erde um ihre eigene Achse dreht. Und wenn auch der persönliche Rhythmus jedes einzelnen Menschen seine eigenen Höhen und Täler kennt, so sind doch alle in jenes Gleichmaß eingebunden, das mit dem Höchststand der Sonne die Tagesmitte markiert.

Doch der Bürgerkrieg verlangt, dass wir in sieben von zwölf Monaten unseren Rhythmus verleugnen, dass wir länger und öfter bei Dunkelheit aufstehen, dass lieber wir mit dem Ende der Dämmerung zu Bett gehen, statt laue Sommerabende im flackernden Schein von Fackeln und Windlichtern zu genießen, wenn wir nicht als Alternative die physischen und psychischen Folgen des Schlafmangels auf uns nehmen wollen.

Die freie Entscheidung des Einzelnen, seinem Tagesrhythmus entsprechend zu leben, ist aufgehoben und durch ein kollektives, zwangsweises Fehlverhalten ersetzt. Einen stichhaltigen Grund dafür gibt es nicht. Sommerzeit ist ein Schauplatz von Bürgerkrieg. Nur wer mitkriecht, kann gewinnen. Und wenn man seinen Rhythmus verloren hat, unter Schlafentzug leidet, dann kriecht sich's umso leichter.

Aus Liebe zum Legastheniker - die Rechtschreibreform

Kultusbürokraten haben Sprachverstümmelung betrieben. Mit grausamen Halbheiten - Ketschup - zum Beispiel, haben sie nicht nur dem Deutschen eine ganze Reihe von heimat-

losen Wortmonstern verordnet, sondern darüber hinaus auch noch das fremdsprachliche Original verunglimpft. Vor allem aber die neuen Regeln über Getrennt- und Zusammenschreibung haben ganze Wortgruppen ausgelöscht, Sinngehalte getilgt und Sprachverständnis verwirrt, weil die aus Jux und Tollerei befohlene, konsequente Getrenntschreibung sinnentleerte oder sinnverkehrende Gebilde hervorbringt, deren geschriebene Form dem gesprochenen Wort Hohn spricht.

Ja, wir haben jetzt eine Hohn sprechende Rechtschreibung (eine sprechende Schreibung!), in welcher die Haushälterin Haus halten muss (als ob es fliehen oder aus der Hand fallen wollte, das Haus). Was hilft es, wenn per Übergangsregelungen und Sowohl-als-auch-Regeln Notbehelfe geschaffen wurden? Was hilft es, dass die Reform der Reform der Reform stattfand, bevor per Machtwort das Ende der Diskussion und die verbindliche Einführung verordnet wurden? Hat dies alles nicht nur zur weiteren Steigerung der Verwirrung beitragen? Der angebliche Zweck, die Fehlerquote in Diktat und Aufsatz zu minimieren, ist nicht im Ansatz gelungen. Aber PISA bestätigt, dass die Fähigkeit der Schüler, längere Texte überhaupt noch zu erfassen und zu verstehen, erschreckend niedrig ist.

Viele Erwachsene haben durch die Rechtschreibreform eine ihrer wichtigsten Fähigkeiten, der sie sich intuitiv sicher waren, verloren oder doch soweit eingebüßt, dass sie sich ihrer - reformbedingten - Rechtschreibfehler vor Kindern und Enkeln schämen müssen. Der Widerstand der Schrift stellenden Zeitgenossen, der Verleger und der Zeitungsredaktionen ist zusammen gebrochen. Der Bürgerkrieg ist mit Spagetti und Portmonee in eine neue Etappe der Zins tragenden Volksverdummung eingetreten. Babylon lässt grüßen.

Rettung aus den Gefahren der Globalisierung - die Arbeitsmarktreformen

Angesichts von (heute) 6 Millionen Arbeitslosengeldempfängern (1 Million ALG I, 5 Millionen ALG II) werden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um rund 7 Milliarden Euro gesenkt. Da Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung Lohnbestandteile sind, sinken die Personalkosten (= steigen die Gewinne) der Unternehmen um 3,5 Milliarden Euro. Die fehlen fortan nicht nur den Arbeitslosen zur Bestreitung des Lebensunterhalts sondern ebenso als Kaufkraft im Binnenmarkt.

Angesichts von (heute) 6 Millionen Arbeitslosengeldempfängern wird, kaum ist die "Rente mit 67" beschlossen, ein noch späteres Rentenbeginnalter in die Diskussion geworfen. Weil es die Jobs für die 66 und 67-jährigen aber nicht gibt - es gibt ja schon für die 60-jährigen keine mehr - läuft alles auf Rentenkürzungen hinaus. Für die Arbeitgeber werden damit die Personalkosten gesenkt (= die Gewinne gesteigert) - doch das Geld fehlt fortan im Binnenmarkt.

Angesichts von (heute) 6 Millionen Arbeitslosengeldempfängern werden Kommunen, Sozialeinrichtungen, aber auch eigens frisch gegründete Trägerorganisationen von unserem (?) Staat ermuntert, ihre Dienste unter Ausbeutung der Leistung von Ein-Euro-Jobbern anzubieten und damit regulären Unternehmen mit regulär bezahlten Arbeitnehmern ganz offen - und gegen die Schutz-Vorschriften des Gesetzes, die offenbar niemand kontrollieren will - Konkurrenz zu machen. Über Kombi-Lohn und andere "Aufstocker-Modelle" werden weitere Unternehmer massiv subventioniert. Die Kosten bürdet unser (?) Staat seinen (!) Steuerzahlern auf.

Angesichts von (heute) 6 Millionen Arbeitslosengeldempfängern hat unser (?) Staat daher die Mehrwertsteuer, die ganz überwiegend von den Haushalten der Arbeitnehmer,

der Arbeitslosen und der Rentner aufgebracht wird, massiv erhöht, während die Besteuerung unserer (?) Großkonzerne und unserer (?) Global Player unaufhaltsam weiter nach unten reformiert wird.

(Damit der Exportweltmeister endlich wieder international wettbewerbsfähig wird.)

Dies alles und noch viel mehr gehört zu den herausragenden und von den Zuschauern begeistert bejubelten Massenveranstaltungen des Bürgerkriegs von 2002 bis 2007.

Feinstaub - Ökozone – Holzofen

Bürger mit alten Autos dürfen nicht mehr in die Innenstädte. Als ob die wenigen, noch übrigen alten Pkws tatsächlich einen nennenswerten Beitrag zur Feinstaubbelastung leisten könnten. Stattdessen müssen Millionen Fahrzeuge mit einer Plakette versehen werden. Die muss man sich holen (mit dem Auto hinfahren) und bezahlen und den Folienträger in die Mülltonne werfen - das alles schont die Umwelt!

Alte und neue Kachelöfen, auch moderne Pelletsheizungen sollen durch sogenannte "Umwelt-Auflagen" unwirtschaftlich gemacht werden. Die Verfeuerung des nachwachsenden Rohstoffes Holz ist zwar - im Gegensatz zur Ölheizung -- CO2-neutral und auch sonst höchst umweltfreundlich, aber es wird behauptet, die beim Anheizen in der kalten Jahreszeit in die Umwelt getragenen Aschepartikel seien ein dringend auszurottendes Übel. Bei genauem Hinsehen handelt es sich um ein Nichts, im Vergleich zu dem, was Millionen von Diesel-Lkws das ganze Jahr in die Luft blasen - aber da kann man so schnell nichts machen. Da nicht.

Die ganze zur Schau getragene Geschäftigkeit ist letztlich eine - mit den Sprüchen von Umweltschutz und Klima-

Katastrophe nur unzureichend kaschierte - Voodoo-Ökonomie, die einen steten Kauf- und Instandhaltungszwang auslösen soll, um der heiligen Kuh "Wirtschaftswachstum" ihr Opfer zu bringen - ungeachtet des dadurch erst ausgelösten zusätzlichen Ressourcenverzehr.

Gleichzeitig wurden allerdings, in schöner Inkonsequenz, rund drei Dutzend Kohlekraftwerksdreckschleudern auf Vorrat genehmigt, damit die Herren der Energiekonzerne noch ordentlich Verschmutzungsrechte einsammeln können. Diese geschenkten Verschmutzungsrechte werden in der Kalkulation der Konzerne übrigens so behandelt, als hätte man sie kaufen müssen. Schließlich haben sie einen Wert - und daher muss der Stromkunde seinen (?) Energielieferanten das teuer bezahlen, was sein (?) Staat verschenkt hat. Stellt jemand die Frage, ob das nun mehr dem Schutz des Klimas oder mehr dem Schutz der Unternehmensgewinne dient? Nein?

Entwertung von Eigentum und massive Teuerung werden so - und das in grobem Widerspruch zwischen Wort und Tat und bei klar erkennbarer einseitiger Begünstigung der großen Global Player - von oben herab verordnet. Die Zuschauer auf den Rängen, die niemand sieht, weil keiner der Kriecher wagt, den Kopf so weit zu heben, dass er sie sehen könnte, ergötzen sich daran, wie die Schnecken sich abmühen, mit den zusätzlichen Hindernissen des Bürgerkrieg-Parcours fertig zu werden und schließen ihre Wetten ab. Nur wer es schafft, ständig ganz unten zu bleiben, den Kopf keinen Augenblick zum Widerspruch zu erheben, der hat als Spitzenkriecher gute Chancen, aus einem der nächsten nationalen Wettbewerbe als Sieger hervorzugehen. Er darf sich nur nicht aufrichten, schon gar nicht auf dem Siegetreppchen - ein solcher Formfehler führt gnadenlos zur Disquali-

fikation - denn Kriecher müssen auch und gerade im Triumph ein Vorbild sein.

Erst anmelden, dann glotzen - die GEZ

Wer ein Rundfunk- oder Fernsehgerät zum Empfang bereithält...

Die allgemeine, grenzenlose Rundfunk- und Fernsehsteuer mit ihrer ungeliebten Einzugsorganisation hat nun, dank obrigkeitlicher Beschlüsse, auch die PC-Besitzer in die Reihen ihrer Melkkühe integriert und ohne nennenswerten Widerstand an die große Melkmaschine angeschlossen, die inzwischen überwiegend als öffentlich rechtliches Versorgungswerk für Kerner und Gottschalk, für unsäglichen Volksmusikanten-Verschnitt, für die Vereinskassen der Fußball-Bundesliga und jene weiblichen und männlichen Heroen des Halb- und Unterwelt-Sports dient, die sich auch deshalb die Augenbrauen blutig und das Hirn weich schlagen, weil es ARD und ZDF gefallen hat, solche Brutalo-Veranstaltungen wieder salonfähig zu machen und sie mit Gebührenzahlergeldern zu überschütten.

Dass für den PC vorerst "nur" Rundfunkgebühren erhoben werden, ist ebenso Salomitaktik wie die Tatsache, dass Autobahnmaut vorläufig "nur" für Lkws erhoben wird. Beides wird nicht mehr lange so bleiben. Die Veranstalter der Bürgerkriechfestivals der kommenden Jahre werden auf der Suche nach neuem Nervenkitzel nicht daran vorbeikommen.

Die unverzichtbare dritte Säule - Riester Rente

Damit zu beginnen, die gute, sinnvolle, umlagefinanzierte Rentenversicherung der Bürger aus ganz kurzfristigen und kurzsichtigen Überlegungen in ein Produkt der renditeraf-

fenden Finanzkonzerne umzuwandeln, ist ein Schildbürgerstreich, dessen Fernwirkungen verheerend sein werden.

Rentner leben weder von Geld, noch von Aktien. Sie leben einzig von dem, was die arbeitende Generation an Gütern und Leistungen hervorbringt.

Und wenn es (was höchst unwahrscheinlich ist) tatsächlich so kommen sollte, wie vollmundig behauptet wird, dass die arbeitende Generation nämlich aufgrund der demografischen Entwicklung eines fernen Tages nach 2050 nicht mehr in der Lage sein sollte, ihre Rentner zu ernähren, dann werden die Rentner auch auf dem größten Berg von Ersparnissen verhungern und erfrieren müssen - Geld hat eben nur einen geringen Heiz- und keinerlei Nährwert.

Dass aber die Spargelder derjenigen, die heute ihre Riester-Verträge abschließen, auf dem Binnenmarkt der Gegenwart bereits als Kaufkraft fehlen, während sie von einigen wildgewordenen Spekulanten in den Chefetagen der Banken unter anderem dafür verwendet wurden, um - mit den bekannten Folgen - Schrott-Immobilien in den USA zu finanzieren, das wird von den Bürgerkriechern mit einem wohligen Schauern und satter Schadenfreude wahrgenommen. Schließlich ist es doch gut, wenn denen da oben auch einmal etwas in die Hose geht.

Wer sich beim Bürgerkriech engagiert, sieht eben immer nur das Bündel Gras vor sich, in das er eines Tages zu beißen hat. Dass die da oben, wenn es ganz schief gegangen ist, dafür, dass sie die Spargelder der künftigen Rentner verzockt haben, mit einer Abfindung belohnt werden, das sieht nur, wer den Kopf hebt und aufsteht - und das wird mit Disqualifikation bestraft. So bleibt es halt nicht mehr als ein Stückchen juristischer Erbauungsliteratur, dass das Grundgesetz

den Bürgern ein Widerstandsrecht einräumt, sofern anders keine Abhilfe geschaffen werden kann.

Denn Widerstand, den muss erst einmal einer leisten - und zwar gegen die Interpretation der Herrschenden und gegen die innige Verwobenheit der ach so getrennten Gewalten. Ob das Recht zum Widerstand zu Recht in Anspruch genommen wurde, befindet ein Gericht nachdem der Widerstand Erfolg hatte, und ob es zu Unrecht in Anspruch genommen wurde, befindet ein Gericht, nachdem der Widerstand erfolglos zusammengebrochen ist.

Vom verbrieften Recht alleine wird nichts besser. Man muss es ausüben, wenn man als guter Demokrat nach vielen vergeblichen Versuchen zur Gewissheit gelangt ist, dass anders keine Abhilfe möglich sei.

Das ist jedoch nicht ungefährlich.

Ach was waren das für putzige Männlein, die damals, als ich zur Schule ging, als "Schupo" bezeichnet wurden und dem Spruch "Die Polizei, dein Freund und Helfer" in jeder Hinsicht gerecht wurden. Wenn man heute die hinter den Visieren ihrer Helme anonym bleibenden Kampfmaschinen sieht, die wie eine Roboterarmee aus dem *Krieg der Sterne* aufmarschieren, bereit, blind ihren Befehlen folgend, mit Schild und Kampfstock, mit Tränengas und Wasserwerfer jeden Widerstand zu brechen - und wenn man dazu weiß, dass diese Bilder nicht nur aus fernen Diktaturen und Aufstandsprovinzen, sondern immer wieder, in detailgetreuer Übereinstimmung, auch mitten aus Deutschland kommen, wenn man gesehen hat, wie Düsenjäger im Tiefstflug über friedliche Demonstranten jagen um mit Kriegstechnologie Feindaufklärung zu treiben - dann weiß man, dass es gefährlich ist, überhaupt an einige Artikel des Grundgesetzes zu denken, dass es gefährlich ist, den Gedanken daran am Tele-

fon zu äußern und dass es gefährlich ist, über das Internet Kontakte zu pflegen, ja schon bestimmte Seiten aufzusuchen...

Und weil es so gefährlich geworden ist, ist es auch ein weiter Weg bis zum Erreichen der Schmerzgrenze geworden, bis zu dem Punkt, an dem nicht nur die Gewissheit steht, dass andere Abhilfe nicht möglich ist, sondern auch die physische und psychische Erfahrung gemacht ist, dass alles andere nur besser sein kann, als weiter mitzukriechen.

Die gefährlichen Fremden - diesmal in Gestalt jugendlicher ausländischer Straftäter

Stimmt, das hatten wir schon. Aber wir waren noch nicht bei den Erziehungs-Camps, noch nicht beim Warnschuss-Arrest. Ganz genau so wie beim Themenkreis Kindesmisshandlung sind urplötzlich die gefährlichen jugendlichen und noch dazu ausländischen Straftäter in aller Munde - und, kaum hat man das grelle Licht der öffentlichen Meinung dorthin gelenkt, wird auch schon die Abhilfe in hektischer Hetze übers Knie gebrochen. Schärfere, härtere Strafen, Warnschuss-Arrest (droht beim nächsten Mal dann der finale Todesschuss-Knast?) dazu noch nicht näher beschriebene Erziehungscamps und Besserungslager sollen den Jugendlichen helfen, sich beim Bürgerkrieg bestmöglich einzugliedern. Und wer dagegen ist, der wird flugs als Neosozialist beschimpft und selbst als Gefahr für das Land bezeichnet.

Dass die Antwort der SPD darauf so ausgefallen ist, wie sie ausgefallen ist, nämlich insoweit zustimmend, dass man die bestehenden Gesetze nur ausschöpfen und schneller urteilen müsse, man sich ansonsten aber nicht in diese Diskussion hineinziehen lassen will, macht mich betroffen. Es scheint mir nicht gerade ein Zeichen von Mut, einer Diskussion, die

aus wahltaktischen Gründen mit fadenscheinigen populistischen Argumenten losgetreten wurde, aus ebenfalls wahltaktischen Gründen auszuweichen, statt mit guten und besseren Argumenten gegen die unausgegorenen Schnellschuss-Parolen anzutreten. Neben das Koch-Thema einfach ungehört das Mindestlohnthema zu stellen und zu glauben, so könne die dringend notwendige Auseinandersetzung vermieden werden und die Bürger würden das schon nicht merken, gehört zu den absurden Beispielen dafür, wie tief wir alle kriechen, wenn es nur opportun erscheint.

Alle ernstesten Töne von Seiten derjenigen, die sich tatsächlich mit dem Phänomen der Jugendkriminalität auskennen, werden grob und hurtig in den Wind geschlagen.

Es ist Wahlkampf,

heißt die Entschuldigung, mit der das Wissen darum, dass Strafen nichts ändern, solange nicht die Sümpfe der Ursachen trockengelegt werden, von den Protagonisten des Rächerstaates hohnlachend übergangen wird.

Und deren politische Gegner wenden dem Thema verschämt den Rücken zu und erwärmen sich lieber am schon niedergebrannten Feuerchen Mindestlohn, als sich in dieser wichtigen Diskussion aus gutem Grunde zu erhitzen. Darf denn ein Wahlkampf wirklich Grund genug dafür sein, die letztlich doch sehr sinnvolle Unterscheidung zwischen Jugend- und Erwachsenenstrafrecht aufzuheben oder - so wie es sich anhört - sie von den Wirkungen her eher umzukehren?

Ich meine nein, nein und nochmals nein.

Wir brauchen doch erst klare Informationen über das, was wirklich geschieht, Zahlen und Fakten, Tendenzen und Prognosen. Dann brauchen wir eine neutrale, von keiner

Ideologie beeinflusste Ursachenforschung - und wenn die Ursachen auf dem Tisch liegen, sollten vernünftige und besonnene Frauen und Männer entscheiden, was der Staat tun kann, um die Ursachen zu beseitigen. Stattdessen werden heute die jugendlichen ausländischen Straftäter vom Wahlkämpfer Koch und seinen Hilfstruppen nahezu unterschiedslos mit gleicher Abscheu und gleicher Härte angegriffen, wie mordende Terroristen und Selbstmordattentäter.

Ja - es ist abscheulich, wenn ein Rentner nachts in der U-Bahn brutal zusammengeschlagen wird, gar keine Frage - aber wer jegliches Personal von den U-Bahnsteigen abgezogen hat, um die Kosten des öffentlichen Nahverkehrs zu senken, wer daran mitgewirkt hat, die Zahl der noch für den Schutz der Bürger eingesetzten Polizeibeamten um viele Tausende zu senken, der trägt auch ein Stück Mitschuld daran, dass die so geschaffenen "Freiräume" immer wieder zum Missbrauch einladen.

Vor den Luxusläden in der Innenstadt fehlt es nicht an Streifenpolizisten, die alles vertreiben, was bei der hochwohlgeborenen Kundschaft Abscheu oder Ekel erregen könnte. Dort wird niemand auf dem Bürgersteig zusammengeschlagen, in hundert Jahren nicht - und falls doch, dann eher von Polizisten im Zuge der Auflösung einer unerwünschten Demonstration, als von jugendlichen ausländischen Straftätern...

Die sind dorthin vertrieben, wo es nicht lohnt, Polizei so einzusetzen, dass sie tatsächlich dem Schutz der Bürger dient - und da schlagen sie eben zu. Das hat bis vor vier Wochen - von wenigen spektakulären Fällen mit rassistischem Hintergrund abgesehen - niemanden interessiert.

Wird jetzt, aus dem Wahlkampf heraus, eine Verschärfung des Jugendstrafrechts und des Jugendstrafvollzugs in die

Welt gesetzt, wie es die CDU ja bereits beschlossen hat, werden diese voreiligen Maßnahmen nach dem Wahlkampf, der sie hervorgebracht hat, nicht wieder verschwinden. Es wird dann auch nicht mehr alleine um ausländische jugendliche Straftäter gehen. Wir werden erleben, dass im so inbrünstig beschworenen Law-and-order-Staat das, was bislang als das Vorrecht der Jugend galt, nämlich schneller und heftiger aufzubegehren, als die schon Gebeugten und Gebrochenen, nicht mehr ausreicht, um einen mildernden Umstand zu begründen.

Der Kampf gegen den Terror erfordert Vorratsdatenspeicherung

Wer glaubt, allen vorstehenden Aussagen widersprechen zu müssen, der möge sich zuerst darüber klar werden, dass unser (?) Staat mit der Unterschrift unseres (?) Bundespräsidenten beschlossen hat, vom 1. Januar dieses Jahres an über jeden Bürger ein Dossier anlegen zu lassen, das mit den Dossiers aller anderen Bürger zu einem riesigen Spinnennetz verknüpft ist, in dem sich jeder verfangen muss, der sich auch nur eine Handbreit von dem ihm zugewiesenen Platz in der Kriecherkolonie entfernt.

Vorratsdatenspeicherung ist die bisher spektakulärste Errungenschaft zur Weiterentwicklung des Bürgerkriechs. Selbst der kleinste Regelverstoß, das geringste Heben der Schultern beim Einatmen wird künftig aktenkundig und sechs Monate lang aufbewahrt. Wenn der Staat erst einmal weiß, wer wann mit wem von welchem Ort aus kommuniziert hat, werden große Computer keine Mühe damit haben, schöne Grafiken zu erzeugen, feine Gespinne aus Beziehungslinien, die man wie einen Film auch über die Zeit animieren kann. Computer werden künftig darüber entscheiden, wer - weil er einmal zu oft Kontakt zu Bürgern oder Webseiten hatte, die

den Wahrern der staatlichen Ordnern suspekt erscheinen - selbst mit dem Kennzeichen "suspekt" oder "potentieller Gefährder" oder gar "erkannter Terrorist" gebrandmarkt wird. Natürlich steht im Gesetz, dass die Polizei einen richterlichen Beschluss braucht, wenn sie an die Daten will. Aber was bedeutet das? Nichts!

Erstens

werden bei Bedarf und nach richterlicher Genehmigung zwangsläufig die Kommunikationsdaten zigtausender Bürger über den gesamten gespeicherten Zeitraum hinaus eingesehen und verarbeitet, weil sich anders der gewünschte Effekt, nämlich alle relevanten Kontakte zu erfassen, gar nicht herstellen lässt.

Zweitens

werden die Kommunikationsdaten der Bürger nicht in den Dateien der zur Aufbewahrung verpflichteten Unternehmen bleiben. Die hier gesammelten Informationen sind viel zu wertvoll, als dass nicht mit äußerster krimineller Energie jede Anstrengung unternommen würde, einen effizienten Datentransfer zugunsten großer kommerzieller Datensammlungen, auch in den Einflussphären des organisierten Verbrechens herzustellen.

Drittens

mögen Einschränkungen im Zugriff für reguläre Polizeiaufgaben gelten und kontrollierbar sein. Doch wer beschränkt und kontrolliert den Zugriff der Geheimdienste?

Viertens

mögen zwar Einschränkungen für die Nutzung durch inländische Behörden festgeschrieben werden, doch wie sieht es

aus mit der Weitergabe von Daten an befreundete Staaten und deren Dienste?

Fünftens

und wenn die Daten erst mal draußen sind, dann kann man sich die 6-Monatsfrist getrost neben den Gamsbart an den Hut stecken. Die Kopien leben im Zweifelsfalle ewig.

Der Staat nimmt sich, wie wir erfahren mussten, oft mehr heraus, als das, was ihm zusteht. Der Online-Zugriff auf PCs war schon Praxis, bevor öffentlich darüber nachgedacht wurde, ob man ihn braucht. Die Behauptung, G8-Gipfel-Gegner bildeten eine terroristische Vereinigung hat genügt, um zu dem Zeitpunkt, an dem es gewünscht war, mit allerlei Repressalien aufzuwarten. Dass dies nun nachträglich vom Gericht als nicht zulässig eingestuft wird, das hatten die Verantwortlichen doch von vornherein einkalkuliert und sich darauf verlassen, dass die diesbezügliche Meldung zwei Tage nach dem Richterspruch vergessen sein wird und dass beim nächsten Mal ganz andere Kriterien zur Begründung der Annahme herangezogen werden können, bei Bürgern, die es wagen, den Kopf ein paar Zentimeter über das staatliche festgesetzte Limit zu heben, handele es sich ganz selbstverständlich um das, was gemeinhin als terroristische Vereinigung zu bezeichnen ist.

Letztlich weiß nur der Staat, was dem Bürger gut tut –

und lehnt, wie just in Bayern, die Durchführung einer Volksabstimmung ab, weil das Recht des Parlaments (hier das Recht der CSU als alleinregierender Partei) über die Verwendung der Steuergelder frei zu entscheiden, als ein

Recht angesehen wird, das durch eine Volksabstimmung über den Bau der Transrapidstrecke zum Flughafen Franz-Josef-Strauß keinesfalls beeinträchtigt werden darf. Da ist von "Souverän" nichts mehr übrig. Das ist Bürgerkriech.

Hört' ihr Leut...

Unsere Freiheit

Nach der harschen Kritik an der wenig freiheitsbewussten Lebensweise vieler Zeitgenossen, folgt auf die einstimmende "Ouvertüre" nun die eigentliche Auseinandersetzung um die Frage nach unserem Umgang mit der Freiheit. Nicht abstrakt-philosophisch für schwärmerische Geister in den Wind geschrieben, sondern ganz konkret und schmerzhaft direkt auf die deutsche Gesellschaft der Gegenwart bezogen.

Die dazu formulierte Überschrift "Unsere Freiheit", so einfach und unschuldig sie daherkommt, wirft schon weit mehr Fragen auf, als klare und vor allem allgemein akzeptierte Antworten dazu vorhanden sind.

*Es ist doch weiß Gott nicht klar,
wer "wir" sind, wer alles zu "uns" gehört und
folglich "unsere" Freiheit teilen darf.*

Die Auseinandersetzung um diese Fragestellung liegt immer noch weit jenseits dessen, was hierzulande als politisch korrekt angesehen wird. So ist - zwischen dumpfem Rassismus von ganz rechts und weltfremder, kritikloser Multi-Kulti-Euphorie von weit links - von einer gefestigten Mehrheitsmeinung irgendeiner Mitte nichts festzustellen. Der Bürger, der auch nur beginnt, Halt und Orientierung zu suchen, gelangt zwangsläufig in jenes Minenfeld zwischen den Fronten, für dessen Räumung sich hierzulande niemand zuständig fühlt. Und so kommt es, dass selbst erfahrene Politprofis, den Versuch, hier Terrain zu besetzen, gelegentlich mit ganz

erheblichen Blessuren bezahlen müssen. Roland Koch lässt grüßen...

Doch damit nicht genug. Wir haben nicht nur keine Vorstellung davon, wen wir alles einschließen - und wen nicht, wenn wir begütigend "wir" sagen und von "unserer" Freiheit sprechen,

*wir wissen auch nicht,
welche Freiheit wir eigentlich anstreben.*

Professionelle Sprachverwirrer haben so gründlich daran gearbeitet, den Freiheitsbegriff bis zur parteipolitischen Beliebigkeit abzuschleifen und umzudeuten, dass so manchem Bürger die Fähigkeit, zwischen "Freiheit" und "Faustrecht" zu unterscheiden, vollständig verlorengegangen ist.

Neoliberale Sprücheklopfer würden den Staat am liebsten völlig abschaffen, um ihre Klientel von allen lästigen Beschränkungen und Pflichten zu befreien, die das freie Spiel der Kräfte des Marktes heute noch behindern. Das plumpe und unfeine Faustrecht soll durch das elegantere, nicht ganz so offensichtliche, aber ebenso hemmungs- und rücksichtslose "Recht des meisten Geldes" ersetzt und noch übertroffen werden.

Träumer und unverbesserliche Weltverbesserer fordern dagegen das uneingeschränkte Recht eines jeden, sich völlig frei nach seinen - auch wechselnden - Launen zu entfalten und selbst zu verwirklichen - solange er dabei nur nicht nach Macht und Reichtum strebt.

Zwischen beiden Extremen wuseln - über alle Parteigrenzen hinweg - sowohl jene sanften Einsichtigen, die das einstige Ideal von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wohlmeinend auf den kleinstmöglichen gemeinsamen Nenner von

den "gleichen Start-Chancen, die jedem offen stehen müssen", reduziert haben, wie auch jene größeren Vordenker, deren Kompromisse sämtlich der Auffassung entspringen, das Gegenteil von Freiheit sei nicht etwa Knechtschaft oder Sklaverei, sondern Sicherheit.

Auch in der Frage, welche Art von Freiheit "wir" in Deutschland anstreben sollten, ist also von einer gefestigten Mehrheitsmeinung irgendeiner Mitte nichts festzustellen. Die vorherrschende geistige Ödnis ist in dieser Frage zwar nicht gerade ein Minenfeld, aber immer noch ein sorgsam glattgebohnertes Parkett voller Fettnäpfchen, auf dem es immer wieder zu heftigen Zusammenstößen zwischen Konservativen und Progressiven kommt, weil die einen ihren Walzer eben partout rechtsherum tanzen wollen, während die anderen, ebenso stur und kollisionsfreudig, lieber nach links drehen.

Wer glaubt, Freiheit sei umsonst zu haben, der irrt.

Da gebe ich ausnahmsweise Frau Dr. Merkel recht, die schon im Juni 2005 anlässlich des 60 jährigen Bestehens der West CDU erklärt haben soll:

"Politik ohne Angst, Politik mit Mut - das ist heute erneut gefragt. Denn wir haben wahrlich keinen Rechtsanspruch auf Demokratie und soziale Marktwirtschaft auf alle Ewigkeit. Unsere Werte müssen sich im Zeitalter von Globalisierung und Wissensgesellschaft behaupten."

Lassen Sie uns also mit einer angstfreien, mutigen Diskussion beginnen, um unseren Anspruch auf Demokratie und echte soziale Marktwirtschaft neu zu begründen.

Um den nicht unerheblichen Umfang und die Komplexität der Gesamthematik etwas zu mildern, ist der Text in drei Hauptteile gegliedert. Der erste Teil soll eine ebenso zeitgemäße wie zweckmäßige neue Inhaltsbestimmung jenes Freiheitsbegriffes ermöglichen, der im Text unserer Nationalhymne gemeinsam mit "Recht" und "Einigkeit" als des Glückes Unterpfand bezeichnet wird. Erst wenn dies gelungen ist, kann im zweiten Teil darüber nachgedacht werden, wer "wir" eigentlich ist - und wen "wir" an "unserer" Freiheit teilhaben lassen wollen und sollten. Der dritte und letzte Teil wird dann die Frage behandeln, wer diese - unsere - Freiheit mit welchen Mitteln verteidigen sollte.

Teil 1

Der innere Widerspruch der Freiheit und seine Auflösung

Frei sein, wie ein Vogel

Dieses allegorische Bild höchster Freiheit ruft schon bei kurzem Nachdenken unweigerlich auch zwei mächtige negative Assoziationen hervor. Denn

Erstens

ist nicht jeder Vogel so frei, wie man sich das Ideal von Freiheit gerne vorstellt. Der zu "lebenslänglich Drahtkäfig" verurteilte Kanarienvogel und die Massenhaltung von Hühnervögeln zwecks Eier- und Masthähnchenproduktion beweisen das Gegenteil.

Zweitens

ist es kein weiter Weg, vom wunderbaren Zustand "frei wie ein Vogel" zu jenem miserablen Lebensgefühl, das der genießt, der für "vogelfrei" erklärt ist.

Freiheit ist also nicht einfach da.

Wer Freiheit genießen will, kommt nicht umhin, seine Freiheit immer wieder neu zu verteidigen, neu erkämpfen zu müssen. Das ist sicherlich unbestritten. Strittig ist die Frage, wie viel Freiheit der Mensch braucht, um menschenwürdig leben zu können.

Uneingeschränkte Freiheit, jene Vision der wahren Anarchisten, die sich von allen Zwängen, Bindungen und Verpflichtungen lösen wollen, heißt eben auch, alle gesellschaftlichen Bindungen und Verpflichtungen abzuwerfen, und im

Zweifelsfall im Kampf um Leben und Freiheit alleine und auf sich selbst gestellt zu bleiben. Es bedeutet zudem den Verzicht auf alle jene Errungenschaften der Kultur und Zivilisation, die nur in der arbeitsteiligen Gemeinschaft entstehen und bestehen können, denn eine Gemeinschaft - in welcher Form auch immer - ist ohne Regeln und damit ohne Freiheitsverzicht schlicht unmöglich. Diese aufzustellen und ihre Einhaltung einzufordern ist jedoch ohne eine - wie auch immer geartete - Form von Herrschaft unmöglich - und das wiederum verträgt sich nicht mit Anarchie.

Die Freiheit von allen Bindungen und Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft ist also offenbar eine "selbstbegrenzende" Freiheit.

Wer nicht bereit ist, eigene Freiheiten zum Nutzen der Gemeinschaft aufzugeben, wird in Bezug auf Sicherheit und Wohlstand auf das Maß seiner eigenen, begrenzten Fähigkeiten und Kenntnisse zurechtgestutzt. Radikal die Freiheit "von allem" zu verlangen, verhindert jede Steigerung der Lebensqualität, die aus der Bildung von (Zweck-) Gemeinschaften regelmäßig entsteht. Der Mensch ist nun einmal ein "staatenbildendes" Wesen. Als alleingelassenes Individuum verliert er seine Lebensfähigkeit wie eine verstoßene Arbeitsbiene oder Ameise.

Freiheit - wovon?

Weil das Höchstmaß an "Selbstverwirklichung" nur im Rahmen einer leistungsfähigen Gemeinschaft erreichbar ist, erfordert die Frage, wovon wir als Gesellschaft in Deutschland frei sein wollen - und welchen Pflichten und Bindungen wir uns unterwerfen wollen, eine sehr viel differenziertere Betrachtung als der uneingeschränkte Freiheitswille der

Anarchisten. Allerdings setzt eine solche gesellschaftliche Übereinkunft voraus, dass das System, in dem wir leben, nicht nur im Kern, sondern auch in jeder einzelnen Beziehung nicht parasitär, sondern symbiotisch angelegt ist. Nur die gerechtfertigte Erwartung, am Nutzen der Gemeinschaft angemessene Teilhabe zu finden, motiviert ausreichend dazu, im Gegenzug zum Wohle der Gemeinschaft "freiwillig" auf Freiheiten zu verzichten und stattdessen Pflichten und Verantwortung zu übernehmen.

Dazu ganz bewusst ein Beispiel dafür, wie wir es hierzulande schaffen, selbst völlig natürliche Vorgänge so zu interpretieren, dass eine unbedachte Äußerung genügt, um in den Verdacht extremer politischer Zielsetzungen zu geraten, oder - im günstigsten Fall - als armer Irrer hingestellt zu werden, der die Zwänge der Globalisierung nicht verstanden hat:

Wenn sich heute in Deutschland ein Paar dafür entscheidet, ein Kind zu zeugen und großzuziehen, dann stellt diese Entscheidung nicht nur die Erfüllung tiefer persönlicher Wünsche, sondern nicht zuletzt auch einen Beitrag zur Zukunftssicherung der Gesellschaft dar.

Es ist eine Binsenweisheit, dass eine Generation der anderen folgen muss, wenn der allmähliche Untergang verhindert werden soll. Es ist jedoch auch eine Binsenweisheit, dass Paare, die sich in Deutschland für Kinder entscheiden, relativ reich sein müssen, um sich das überhaupt leisten zu können.

Denn mit der Entscheidung für das Kind trifft das Paar auch die Entscheidung, über viele Jahre auf ge-

wohnte Freiheiten zu verzichten und dazu ganz erhebliche materielle Lasten auf sich zu nehmen, ohne ernsthaft erwarten zu dürfen, dafür von der Gesellschaft einen angemessenen Ausgleich zu erhalten.

Glücklicherweise ist Deutschland ein Land, dem es nicht an Menschen mangelt. Wir haben eine sehr hohe Bevölkerungsdichte und könnten uns mit weniger Einwohnern so manches Problem ersparen, doch wird dies nicht allgemein so wahrgenommen:

Die Wirtschaft meint, auf bestimmte Umsatzgrößen angewiesen zu sein, die sich nur durch den Erhalt, noch besser durch ein angemessenes Wachstum der Bevölkerungszahlen gewährleisten lassen.

Sozialpolitiker tönen lauthals, die Rentenversicherung werde bei einem Rückgang der Bevölkerung, der - so der logische Schnellschuss - unweigerlich auch zu einem Rückgang des Beitragsaufkommens führen müsse, an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stoßen.

Ganz abgesehen davon, welche sonstigen Schreckensbilder an die Wand gemalt werden, um die Gefahr, die davon ausgeht, dass die Bevölkerungsdichte eines deutlich überbesiedelten Landes zurückgeht, zu illustrieren - vom Schüren solcher weitgehend unsinnigen Befürchtungen bis zum Angebot von Lösungen, wie einem vermeintlichen Problem Abhilfe geschaffen werden könnte, ist es kein weiter Weg.

Die Bandbreite bewegt sich zwischen den beiden Polen:

"Deutschland ist ein Einwanderungsland"

das müssen wir nicht nur akzeptieren, sondern auch durch alles unterstützen, was der Bildung einer multi-kulturellen Gesellschaft dienlich ist. Zuallererst die Aufgabe von Vorurteilen, durch eine Erziehung zu Toleranz und Vertrauen, die dazu führen wird, dass jeder Fremde, den wir aufnehmen, eine Bereicherung für unsere Gesellschaft darstellt.

Und

"Kinder statt Inder"

mit der klaren Aussage, dass Deutschland "uns" gehört und dass alle anderen sich, wenn wir sie schon hereinlassen, so zu benehmen haben, wie wir es von Gästen erwarten, widrigenfalls wir von unserem Hausrecht Gebrauch machen müssen, wollen wir verhindern, dass wir eines Tages feststellen müssen, dass wir zu einsamen Fremden im eigenen Land geworden sind.

Und schon ist der gesamtgesellschaftliche Konsens in weite Ferne gerückt, weil auch die sog. Volksparteien sich lieber auf emotionalisierende Extremstandpunkte zurückziehen, statt nach vernünftigen Wegen zu suchen, mit jenen Unwägbarkeiten, die der Gesellschaft aus der grundsätzlichen Freiwilligkeit der Fortpflanzung unter Umständen erwachsen könnten, verantwortungsvoll umzugehen.

Stattdessen wird nach Regelungen, Vorschriften und Gesetzen gerufen. Prämien, Vergünstigungen und Strafandrohungen werden gefordert, um der jeweiligen Ideologie und ihren bevölkerungspolitischen Zielsetzungen zum Durchbruch zu verhelfen.

Wir sehen, dass selbst die Freiheit, sich für oder gegen ein Kind zu entscheiden, durch die gesamtgesellschaftliche Verfassung (und die ist bei uns nach wie vor kinderfeindlich) wie auch durch die mehr oder minder halbherzigen Versuche der Politik, die Infrastruktur (Krippen- und Kindergartenplätze) und die materiellen Absicherung (Kindergeld, Erziehungsgeld, Sozialgeld) zu verbessern, massiv beeinflusst, wenn auch noch nicht direkt geregelt wird.

Für viele andere Bereiche des Lebens gilt jedoch ganz unbestritten:

Je größer, vielgliedriger, komplexer und wegen wachsender räumlicher Distanzen auch unpersönlicher eine Gemeinschaft wird, desto mehr wird es zur Wahrung größtmöglicher Gerechtigkeit, ohne die ein friedliches Zusammenleben auf Dauer nicht organisiert werden kann, zwingend notwendig, verbindliche Regeln aufzustellen, durch welche Pflichten und Verantwortung konkret eingefordert werden.

Und so ist es gekommen, dass in Deutschland, wo 82,5 Millionen Menschen auf gut 350.000 Quadratkilometern Landesfläche in rund 40 Millionen Haushalten leben und mit über 50 Millionen Kraftfahrzeugen aller Art ein (außerörtliches) Straßennetz von 231.500 km Länge, mit der Bahn ein Schienennetz von 38.000 km und mit Schiffen und Lastkähnen Flüsse und Kanäle auf einer Länge von 7.500 km befahren, ein schier unendlicher Wust von Gesetzen, Verordnun-

gen, Geboten und Verboten erlassen wurde, der allein im Bereich des Bundesrechtes bis zum Jahr 2003 auf insgesamt 2.197 Bundesgesetze und 3.131 Bundesrechtsverordnungen mit ungezählten Paragraphen und Einzelvorschriften angewachsen war. Hinzu kommen die Landesgesetze, die Verordnungen auf Kreis- und Bezirksebene sowie die Satzungen der Städte und Gemeinden. Wer darüber hinaus einer Partei, einer Religionsgemeinschaft oder einem anderen Verein angehört, wird von deren Satzung reglementiert, wer als Mitarbeiter eines Unternehmens tätig ist, hat die dort geltenden Organisationsvorschriften zu beachten - und selbst wer als Abgeordneter des Deutschen Bundestages nur seinem Gewissen verantwortlich ist, unterliegt dessenungeachtet dem im Grundgesetz nicht vorgesehenen Fraktionszwang.

Wir kennen und akzeptieren einfache, zeitweilige oder regionale Beschränkungen unserer Freiheit durchaus, sehen einen Sinn im Jagdverbot während der Schonzeit, in der polizeilichen Sperrstunde für die Gastronomie und im Nachtflugverbot. Wir verlassen uns darauf, dass der Staat, der diese Beschränkungen erlässt, auch die sich daraus für die Allgemeinheit ergebenden Rechte garantiert und nehmen ihn und sein Gewaltmonopol gerne in Anspruch, wenn es gilt, Unbelehrbare zu belehren.

Wir wollen in der Fußgängerzone nicht von hupenden Autofahrern in die Hauseingänge gescheucht werden, wir wollen, dass Betretungsverbote in Naturschutzgebieten ebenso eingehalten werden, wie die Bannmeile für Wahlwerbung rings ums Wahllokal, denn all das sind einfache und im Grunde auch verständliche Regelungen, die unter verständigen Menschen nur deshalb als Norm festgeschrieben werden, um "Grenz- und Streitfälle" an den Bestimmungen der

Norm messen und - unabhängig vom subjektiven Empfinden der Beteiligten - neutral beurteilen zu können. Allerdings gibt es neben diesen, die Allgemeinheit direkt betreffenden Regelungen eine Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen, von denen die allermeisten Bürger nie etwas gehört haben, weil ihre verpflichtende Wirkung immer nur einen kleinen Kreis natürlicher und juristischer Personen trifft.

Die Meldepflicht für grenzüberschreitende Zahlungen nach dem Außenwirtschaftsgesetz ist so eine Regelung, die, wie viele andere auch, nur von Spezialisten verstanden wird, aber von den Betroffenen, den Exporteuren und Importeuren, den Banken, Finanzdienstleistern und Versicherungen als ungebührliche Belastung angesehen und daher abgelehnt wird. Ein Verstoß dagegen wird keinem Nachbarn auffallen. Doch der Schaden, der aus der Missachtung dieser Pflicht für die Volkswirtschaft insgesamt entstehen kann, trifft alle, wenn aufgrund falscher statistischer Daten von Regierung, Bundesbank und EZB falsche finanz- und währungspolitische Entscheidungen getroffen werden.

Kaum anders ist es bei der Kinderpornografie. Ein Geschäft, das im Dunkeln blüht, von verschworenen, abgeschotteten Kreisen vor der Öffentlichkeit verborgen, die daher kaum je bemerken wird, was sich - womöglich in der unmittelbaren Nachbarschaft - an grausamem, menschenverachtendem Treiben abspielt, um Pädophilen zur Befriedigung zu verhelfen. Aber können wir, nur weil wir es nicht bemerken, den Missbrauch unschuldiger Kinder hinnehmen?

Nein! Wir haben uns auf den Schutz der Kinder geeinigt - und damit gegen die Freiheit der Pädophilen, ihre kranken Triebe ungehindert ausleben zu dürfen. Und wir haben den Staat bevollmächtigt, gesetzeswidriges Treiben zu verfolgen und zu unterbinden, Straftäter zu verurteilen und den Vollzug der Strafe zu gewährleisten.

Gleiches gilt auch für die Verpflichtung zur Steuerzahlung. Dass ein sehr großer Teil der Gesetze, die wir uns gegeben haben, Steuergesetze sind, und dass diese selbst für Spezialisten noch kaum zu durchschauen sind, hebt die grundsätzliche Pflicht, sich - nach Leistungskraft und Vermögen - an der Finanzierung der Staatsaufgaben zu beteiligen, doch nicht auf!

Wir leben in Deutschland in einem Staat, in dem die wirtschaftlich Schwachen den weitaus überwiegenden Teil der Steuereinnahmen aufzubringen haben (Lohnsteuer, Mehrwertsteuer und sonstige Konsumsteuern machen annähernd 90% der Steuereinnahmen aus), während sich die wirtschaftlich Starken unter dem Vorwand, die Freiheit des internationalen Wettbewerbs würde durch deutsches Steuerrecht gestört, auch noch der restlichen Pflicht entziehen wollen.

Es ist eine unselige Zeiterscheinung, dass viele - viel zu viele - Politiker einen Großteil ihrer Energie dafür einsetzen, Regeln, die der Wirtschaft und dem Kapital lästig sind, aufzuheben. Dabei sollte doch gerade den gewählten Volksvertretern klar sein, dass regelmäßig schon der Versuch, im Einzelfall Gemeinschaftsregeln aus egoistischen Motiven zu ignorieren und zu umgehen, den Frieden der Gemeinschaft stört. Wie aber soll dann die Forderung, möglichst schnell möglichst viele Gemeinschaftsregeln vollständig außer Kraft zu setzen, umgesetzt werden können, ohne die ausgewogene und belastbare Statik einer Gemeinschaft zu zerstören und sie ins Chaos zu stürzen?

*Eine Politik, die Regeln aufhebt, sich also der Deregulierung verschrieben hat, verschafft zwar Freiheiten -
aber sie raubt auch Rechte.*

Das wird von den Freiheitsdemagogen wohlweislich verschwiegen, wie von den Verfechtern der größeren Freiheiten

auch nie darauf hingewiesen wird, dass der geforderte Gewinn an Freiheit nur selten auch denen zugute kommt, die dafür auf ihre Rechte verzichten müssen.

Kündigungsschutz, so heißt es, wenn Arbeitgeber mehr Freiheit fordern, verhindert die Entstehung neuer Arbeitsplätze.

Fakt ist: Mit der Aufhebung des Kündigungsschutzes wird die Balance zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gestört. Der Freiheitsgewinn der Arbeitgeber wird von den Arbeitnehmern mit der Einschränkung ihres Rechts auf die Sicherheit des Arbeitsplatzes und damit auf die Sicherheit der Lebensplanung bezahlt.

Die völlige Freiheit des Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehrs, so heißt es, sei erforderlich, um in Zeiten der Globalisierung international wettbewerbsfähig zu bleiben.

Fakt ist: Mit der völligen Deregulierung der internationalen Handels- und Kapitalströme wird der Wirtschaft die größtmögliche Freiheit eingeräumt, sich ihre Standorte nach reinen Renditekriterien auszuwählen. Für diese Freiheit der Unternehmen und des Kapitals müssen die Mitarbeiter ihre mühsam erstrittenen Rechte auf zumutbare Arbeitsbedingungen und angemessene Löhne aufgeben.

Die Reihe der Beispiele ließe sich beliebig lange fortsetzen. Was ist denn zum Beispiel aus dem Recht des Pflichtmitglieds der gesetzlichen Krankenversicherung geworden, im Krankheitsfall den Arzt seiner Wahl aufzusuchen? Es ist aufgegeben worden, zugunsten der Freiheit des medizinisch-industriellen Komplexes, ohne Anhebung der Beitragsanteile der Arbeitgeber höhere Gewinne aus dem Gesundheits-

wesen schlagen zu können. Die Möglichkeit, sich dieses verlorene Recht durch die Zahlung von 10 € Praxisgebühr wieder zu erkaufen, ist zwar gegeben - aber nicht alle sind in der Lage, von dieser Möglichkeit auch Gebrauch zu machen, weil ihnen schlicht das Geld dafür fehlt.

Die Aufhebung von Rechten weiter Teile der Bevölkerung, wie sie mit der Umgestaltung des Arbeitsrechts und der Sozialgesetze im Gefolge der Agenda 2010 zugunsten der Freiheiten von Wirtschaft und Kapital vollzogen wurde, geht mit dem Prozess der Umverteilung von unten nach oben Hand in Hand. Solange die Reichen in dem Maße reicher werden, in dem die Armen ärmer werden, entpuppt sich das Gerede von der unzureichenden Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten als ein schäbiges Mäntelchen, unter dem die hemmungslos-unverschämte Bereicherung auf Kosten der Arbeiter und Angestellten, der Rentner, Arbeitslosen und Kranken, der Kinder und Jugendlichen, der Alten und Pflegebedürftigen verborgen werden soll.

Welche Gesellschaft kann es sich auf Dauer leisten, einer privilegierten Gruppe von Egoisten solche Freiheiten einzuräumen? Können und wollen wir es uns weiterhin leisten, Heuschrecken und Blutegel als bunte Farbkleckse zu verharmlosen und sie in unser speziell deutsches, aus dem Schuldkomplex hervorgegangenes Modell einer supertoleranten Multi-Kulti Gesellschaft zu integrieren? Und all' das ohne ernsthaft zu prüfen, ob die denn überhaupt integrationsfähig, oder wenigstens integrationswillig sind?

Die Frage: "Wer ist eigentlich wir?" soll zwar erst im zweiten Teil dieses Aufsatzes behandelt werden, doch an dieser Stelle drängt sie bereits so kraftvoll nach vorne, dass es sture Prinzipienreiterei wäre, sie nicht schon einmal aufscheinen zu lassen.

Die Endlichkeit der Freiheit

Wir haben nun eine Reihe von Beispielen behandelt, die verdeutlichen, welche Wechselbeziehungen zwischen Freiheit einerseits, sowie Rechten und Pflichten andererseits existieren. Wir haben vor allem festgestellt, dass die Entlassung aus Rechten und Pflichten nicht nur den Begünstigten mehr Freiheit gibt, sondern auch einen allgemeinen Verlust an Rechten nach sich zieht. Das grundsätzliche und allgemeingültige Prinzip, nach dem sich in einer arbeitsteiligen Gesellschaft das optimale Maß der möglichen Freiheit bestimmen ließe, ist damit jedoch noch nicht beschrieben; auch die Frage, welche Freiheit die wir für uns anstreben, ist nach wie vor unbeantwortet. Versuchen wir, uns dem Problem einmal von einer anderen Seite her anzunähern. Fragen wir uns, ob die Freiheit - frei nach Reinhard May, über den Wolken - wohl grenzenlos ist, oder ob in einer endlichen Welt auch die Freiheit endlich, und damit der Gegenstand eines Verteilungsproblems sein muss.

Stellen wir uns in einem einfachen Gedankenexperiment vor, ganz Deutschland sei in Folge einer schrecklichen Grippe-Epidemie von nur einem einzigen Menschen bewohnt, weil dieser als einziger seiner Art jene genetische Abnormität aufwies, die ihn - zufällig - gegen den tödlichen Virus immunisierte.

Auch ohne zu wissen, dass er ganz alleine übrig geblieben ist, besitzt er alle Freiheiten, sich seinen Lebensraum nützlich zu machen - oder ihn zu zerstören.

Was er damit anzufangen vermag, hängt nur davon ab, wie gut er von seinen Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten her in der Lage ist, sich "sein Land"

und die darauf befindlich Infrastruktur nutzbar zu machen.

Seine Freiheit, wie sie sich aus den äußeren Gegebenheiten als scheinbar unendlich groß darstellt, bleibt folglich unbarmherzig begrenzt auf das, was er damit anzufangen in der Lage ist. Er wird zum Beispiel, nicht einfach ein irgendwo geparktes Flugzeug nehmen können, um nach anderen Überlebenden zu suchen - dazu müsste er vorher Fliegen gelernt haben. Er wird sich nicht dauerhaft im Supermarkt mit allem versorgen können, was er braucht, denn der Großteil der dort gelagerten Lebensmittel ist, auch wenn die Stromversorgung noch für eine Weile funktioniert, relativ schnell verderblich.

Er wird irgendwann, relativ schnell feststellen, dass ein menschenleeres Deutschland alles andere als ein Schlafraffenland ist. Er wird, wenn er die Verantwortung für sich selbst und sein weiteres Überleben übernimmt, wie Robinson Crusoe auf seiner Insel, anfangen müssen, sich im Schweiß seines Angesichts in der neuen Situation einzurichten. Freiheit bleibt ihm, wenn es ihm gelingt, nach der Arbeit für die Befriedigung der Grundbedürfnisse noch Freizeit übrig zu haben - doch auch diese Rest-Freiheit bleibt begrenzt, durch seine Fähigkeiten, sie zu nutzen.

Halten wir an dieser Stelle des Gedankenexperiments inne, kommen wir zu dem Schluss, dass auf einer Fläche von der Größe Deutschlands weit mehr als nur ein Mensch sein Leben in jenem Maß an Freiheit verbringen könnte, wie wir es soeben dem einzigen Überlebenden einer Katastrophe zuge-

billigt haben. Es kommt offenbar nur darauf an, dass sich die einzelnen Individuen bei der Wahrnehmung ihrer Pflichten und der Nutzung ihrer Freiheiten nicht ins Gehege kommen. Solange das gelingt, ließen sich die Freiheiten der einzelnen - gäbe es denn eine Recheneinheit dafür - zu immer höheren Gesamtsummen addieren. Erst wenn Begegnungen unvermeidlich, gemeinsames Nutzen von Ressourcen zur Notwendigkeit wird und Knappheit nach Verteilungsgerechtigkeit verlangt, müssen Freiheiten begrenzt werden, wenn sie durch sinnvolle, auf Gegenseitigkeit beruhende Vereinbarungen ersetzt werden sollen.

Diese Erkenntnisse lassen sich in allgemeingültige Aussagen fassen:

- 1. Die Freiheit des Individuums wird ursprünglich nur durch zwei Faktoren begrenzt,
a) durch die Verfügbarkeit von Ressourcen
b) durch die Fähigkeiten des Individuums, zugängliche Ressourcen zu nutzen.**
- 2. Bei gegebenem Ressourcenvorrat ist die Zahl der Individuen, die gleichzeitig in völliger Freiheit leben können, umgekehrt proportional zum Maß der Fähigkeiten, die zugänglichen Ressourcen zu nutzen.**
- 3. Die Notwendigkeit, Freiheiten zu Gunsten der Gemeinschaft aufzugeben und sich den Regeln der Gesellschaft zu unterwerfen, wächst mit der Zahl der Individuen und der Summe ihrer spezifischen Fähigkeiten.**

Daraus lässt sich zweifelsfrei ableiten, dass hochentwickelte Gesellschaften hochkomplexe Regelwerke entwickeln müs-

sen, um ihr Zusammenleben zu organisieren - und dass die Komplexität der Regelwerke zwangsläufig mit wachsender Bevölkerungsdichte zusätzlich ansteigen muss.

Die Menschen in Deutschland, wo rund 230 Menschen pro Quadratkilometer leben, müssen sich also - schon wenn man nur von einer linearen Abhängigkeit ausgeht - zwangsläufig mit einer um den Faktor 8 höheren Regelungsdichte einrichten als die Menschen in den USA, wo es mit nur 28 Menschen pro Quadratkilometer im wahrsten Wortsinne "lockerer" zugeht.

Es ist also ein Irrtum - oft auch eine bewusste Irreführung - wenn der deutschen Bevölkerung erklärt wird, man könne - und die USA seien ein gutes Beispiel dafür - mit weit weniger Regeln und Gesetzen weit besser auskommen.

Die relative Enge Deutschlands mit seinen 82,5 Millionen Bürgern auf gut 350.000 Quadratkilometern macht zwingend eine hohe Regulierungsdichte erforderlich, wenn die Gemeinschaft friedlich funktionieren soll. Dass es in vielen Bereichen auch veraltete, sinnlos gewordene oder gar kontraproduktive Regeln gibt, ist unbestritten. Doch davon gibt es weit weniger, als von den Vorreitern der Deregulierungskampagne behauptet wird. Jene engagierten "Staatsfeinde", die den Staat, also die Regelungsinstitution der Gemeinschaft, am liebsten - wie der Urvater der Neoliberalen, Milton Friedmann - auf ein winziges Minimum eindampfen würden, stehen doch nicht dafür ein, dass die große Mehrzahl der Bürger ein Höchstmaß an Freiheit genießen sollte, sondern lediglich für ein Höchstmaß an Freiheiten für jene elitäre Minderheit, die es bereits geschafft hat, sich den allergrößten Teil der endlichen Ressourcen anzueignen und die nun mit Macht auch noch nach dem letzten Rest greift.

*Da wird nicht einfach nur dereguliert.
Es ist ein Spiel mit dem Feuer.*

Je mehr der Staat seine Fähigkeit einbüßt, die wirtschaftlich schwache Mehrheit der Bevölkerung vor der völligen Willkür der wirtschaftlich Starken wirkungsvoll zu schützen, je mehr der Staat es zulässt, dass Heuschreckenschwärme aus dem In- und Ausland die Basis des allgemeinen Wohlstands wegfressen, desto mehr gerät das hohe Gut des staatlichen Gewaltmonopols in Misskredit, weil es nur noch als Repressionsorgan zur Durchsetzung eines der Gemeinschaft im Grunde fremden Willens wahrgenommen wird.

Die Folgen sind als vermehrte Streikbereitschaft und zunehmenden Aktionen des bürgerlichen Widerstands bereits zu spüren. Kommt es nicht zu einer wirklichen Umkehr, ist zwangsläufig die Zerstörung aller gesellschaftlichen Bande zu erwarten, das Land versinkt in Klassenkampf und Bürgerkrieg.

Die Partei die LINKE ist ebenso ein sichtbares Zeichen dieses Prozesses, wie die Weigerung der etablierten Parteien, mit der LINKEN zusammenzuarbeiten, davon zeugt, dass die Notwendigkeit der Umkehr noch lange nicht gesehen wird. Wenn es in den Auseinandersetzungen um die Wahl des nächsten Deutschen Bundestages einen Slogan geben sollte, in dem das Wort Freiheit vorkommt, dann sollte er lauten:

"Freiheit - wovon denn noch?"

Aber seit Deutschland seine den Deutschen verständliche "Tagesordnung" gegen die "Agenda" der Eliten ausgetauscht hat, ist Kritik an Deregulierung und Privatisierung unerwünscht - und wer sie trotzdem ausspricht, wird leicht zum

Zielobjekt sogenannter verfassungsschützerischer Aktivitäten. "Arbeitsplätze", "Aufschwung" und "Standortsicherung", so lauten die hohlen Schlagworte, die völlig ausreichen, dem Kapital und der Wirtschaft eine Freiheit nach der anderen zu gewähren und dafür der großen, aber wirtschaftlich schwachen und immer schwächer werdenden Mehrheit die Rechte weiter zu beschneiden.

Es ist Gier und es ist Größenwahn, wenn diejenigen, die sowieso schon als die Gewinner der gemeinschaftlichen Anstrengungen dastehen, für sich die Freiheit "von allem" einfordern - und es ist, vielleicht nicht im juristischen, wohl aber in einem hohen moralischen Sinne, "Amtsmissbrauch", wenn sich unsere gewählten Repräsentanten nicht scheuen, diesen Forderungen willfährig nachzugeben.

Die politische Forderung nach mehr "Freiheit von ..." entpuppt sich bei näherem Hinsehen immer nur als die Forderung nach der Befreiung von gesellschaftlicher Verantwortung und gesellschaftlichen Pflichten - und in den allermeisten Fällen geht es ausschließlich darum, den Großen und Starken Verantwortung abzunehmen und sie den Kleinen und Schwachen aufzubürden.

Wer also zur Wahl geht, sollte die Wundertüte mit der Aufschrift "Freiheit", die ihm von fast allen Parteien ins große Paket der Versprechungen mit eingepackt wird, aufreißen, bevor er hoffnungsfroh sein Kreuzchen malt. Selbst wenn "Freiheit" drin ist, wo "Freiheit" drauf steht, sagt das noch lange nichts darüber aus, wem diese Freiheit zugedacht ist.

Freiheit - wozu?

Der verbreitete Begriff von der "freien Entfaltung der Persönlichkeit", drückt eigentlich alles aus, was als Antwort hinter die Frage "Freiheit - wozu?" geschrieben werden kann. Die Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen gibt, mehr noch als die Grundrechtsgarantien des deutschen Grundgesetzes, Auskunft darüber, wozu Menschen frei sein sollen und welche Freiheitsrechte dafür erforderlich sind.

Aber so sehr sich die Verantwortlichen dafür einsetzen, den Großen und Starken Freiheit von Pflichten und Verantwortung zu verschaffen, so wenig setzen sie sich dafür ein, den Menschen zu helfen, ihre "Freiheit etwas zu erreichen, zu gestalten, sich zu entfalten" auszuweiten und mit Leben zu erfüllen. Im Gegenteil:

Sobald von irgendwo auf dieser Welt ein Ereignis vermeldet wird, aus dem auch nur die kleinste Bedrohung für irgendjemandes Sicherheit abgeleitet werden kann, gehen die innenpolitischen Scharfmacher zügig ans Werk und beschneiden die Rest-Freiheiten weiter.

Der schlimmste Satz, den das Grundgesetz kennt, lautet wohl: "Das Nähere regelt ein Bundesgesetz." Mit dieser Aussage, die in dieser und ähnlichen Formulierungen an vielen Stellen vorkommt, wird verschämt darauf hingewiesen, dass das, was im Grundgesetz als Grundrecht strahlend hochgehalten wird, in der Realität des Rechtsstaates längst viel vom einstigen Glanz verloren hat. Einschränkende Bundesgesetze wuchern um das Grundgesetz wie im Märchen die Rosenhecke um Dornröschens Schloss. Und sollte ein einschränkendes Bundesgesetz einmal nicht ausreichen, weil das Verfassungsgericht widerspricht, dann wird eben das Grundgesetz geändert. Wofür haben wir schließlich die

große Mehrheit der großen Koalition? Man gönnt sich ja sonst nichts.

Ein großer Teil der in den Grundrechten festgelegten Freiheiten besteht darin, dass der Bürger nicht nur ganz grundsätzlich zu vielerlei Verhalten, Ansichten und Gedanken frei ist, wie es im Artikel 2 garantiert wird, sondern vor allem darin, dass er der Gemeinschaft über die Nutzung seiner Freiheiten keine Rechenschaft und keinen Nachweis schuldig ist, ja dass er ein Recht darauf hat, gegenüber der Gemeinschaft Geheimnisse zu hegen - genauso wie er ein Recht darauf hat, gegenüber der Gemeinschaft Meinungen zu äußern, die im Widerspruch zu anderen Meinungen und Auffassungen stehen.

Davon ist, bis auf die geheime Stimmabgabe bei Wahlen, kaum etwas übrig geblieben. Post und Telekommunikationsgeheimnis, Bankgeheimnis und die Unverletzlichkeit der Wohnung haben sich in der Realität längst weit von dem entfernt, was ein Simplicius Simplicissimus in aller Einfalt aus dem Grundgesetz herauszulesen vermöchte. Die Rechte, die sich der Staat genommen hat und immer weiter nehmen will, um seine Bürger in möglichst allen Lebenslagen möglichst lückenlos zu überwachen und damit zu lenken und zu schikanieren, haben einen massiven Verlust der Freiheit zur "freien Entfaltung" bewirkt.

Die Endlichkeit der Unfreiheit

Nach den Überlegungen zur Endlichkeit der Freiheit drängt sich an dieser Stelle die systematische Frage nach dem maximalen Maß der Unfreiheit auf. Auch dazu kann ein Gedankenexperiment hilfreiche Erkenntnisse liefern.

Stellen wir uns vor, ganz Deutschland sei in Folge einer schrecklichen Fehlentwicklung des Kapitalismus von nur einem einzigen Menschen beherrscht, weil es diesem im Monopoly der Realität gelungen ist, alles Vermögen an sich zu rafften und alle Mitbürger zu seinen Schuldnern - und, in der Absolutheit seiner Herrschaft, auch zu seinen Sklaven zu machen.

Die Freiheit dieses Herrschers endet zwar an den Grenzen seines Landes, aber innerhalb dieser Grenzen kann er jede Freiheit genießen, die ihm aus den Fähigkeiten seiner Schuldner und Sklaven zuwächst. Jedermann hat ihm mit allen seinen Fähigkeiten jederzeit zu Diensten zu sein und auch die abwegigsten Wünsche zu erfüllen.

Wenn man in dieser Situation den Fokus der Aufmerksamkeit vom Herrscher abzieht und die Lebensverhältnisse der Beherrschten betrachtet, wird deutlich, dass der maximalen Freiheit des Herrschers die vollständige Unfreiheit jedes einzelnen Beherrschten gegenübersteht, dass also das Maß der insgesamt anzutreffenden Unfreiheit mit jedem zusätzlich verfügbaren Sklaven wächst.

Auch diese Erkenntnisse lassen sich in allgemeingültige Aussagen fassen:

- 4. Die Freiheit der herrschenden Schicht in einer Gesellschaft wird nur durch zwei Faktoren begrenzt,**
 - a) durch die Verfügbarkeit von Ressourcen**
 - b) durch die Zahl und die Fähigkeiten der Individuen, die der Herrschaft unterliegen**

- 5. Bei gegebenem Ressourcenvorrat verhält sich das Maß der Freiheiten der Herrschenden proportional zur Zahl der Individuen, die ihnen zur Verfügung stehen, um die vorhandenen Ressourcen zu nutzen.**
- 6. Die Notwendigkeit, den Beherrschten Rechte zuzugestehen und dafür Freiheiten aufzugeben, endet, wenn die Zahl der Untertanen über die Größenordnung hinaus wächst, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Herrschenden Schicht benötigt wird. (Überbevölkerung führt zu allgemeiner Entrechtung).**

Die Konsequenz aus dieser Erkenntnis ist verheerend und erhellend zugleich:

Die wachsende Zahl von "Überflüssigen" die trotz aller statistischen Tricks in der hohen Zahl von Arbeitslosen zum Ausdruck kommt, ist ein Indiz dafür, dass die Milliardäre im In- und Ausland, die die deutsche Wirtschaft beherrschen, inzwischen auf die Leistung von etwa 20 % der arbeitsfähigen Bevölkerung gut verzichten können, ohne deswegen in der freien Entfaltung ihrer Persönlichkeit auch nur im geringsten gestört zu sein. Sie ist ebenso ein Indiz dafür, dass es eine nachwachsende und aufblühende Mittelschicht, die in der Lage wäre, das vorhandene Leistungspotential auszuschöpfen, bereits nicht mehr gibt. Und sie ist ein Indiz dafür, dass Deutschland unmittelbar vor jenem Umbruch steht, in dem die echte, vom Willen der Bürger getragene Demokratie an der wirtschaftlichen Macht einer schmalen Herrschaftsschicht zerbricht und einer Scheindemokratie mit austauschbaren Polit-Marionetten Platz macht, die sich zur Ablenkung der Bevölkerung weiterhin im Reichstag treffen, ihre Reden halten und über die von den Think-Tanks der Wirtschaft vorgelegten Gesetze treffsicher abstimmen.

In einem solchen totalitären System kann die Zeugung und Erziehung von Kindern nicht mehr als die freiwillige Übernahme von Pflichten und Verantwortung zum Erhalt einer sinnvoll geordneten Gemeinschaft angesehen werden. Denn jeder Untertan, der neu hinzukommt, festigt die Herrschaftsverhältnisse und die Unfreiheit der Beherrschten.

Neben der Freiheit einer Gesellschaft, die eigenen Grenzen für den Import willfähriger, billiger Untertanen zu schließen, muss daher auch die Freiheit zur Kinderlosigkeit des Einzelnen gesetzt werden, die noch durch das Recht der Gesellschaft, Geburtenüberschüsse zu vermeiden, ergänzt werden sollte. Wer sich die Frage stellt, ob er im Angesicht von Umweltverschmutzung und drohender Klimakatastrophe überhaupt noch ein Kind in die Welt setzen soll, dem kann nur zugeraten werden. Das sind Herausforderungen, an denen die Menschheit nur lernen und wachsen kann.

Wer aber die Frage stellt, ob er im Angesicht von Massenarbeitslosigkeit und Armut ein Kind in die Welt setzen soll, der soll wissen, dass wir längst zu viele sind, um noch alle gebraucht zu werden - und wenn sein Kind das Glück haben sollte, einen Job und sein Auskommen zu finden, dann doch nur um den Preis, dass ein anderes Kind Pech haben muss - und wer das nicht akzeptieren will, der muss jetzt aufstehen, aus dem Bürgerkrieg ausscheren und gemeinsam mit allen anderen, die sich nicht mehr einfach nur unterordnen wollen, den Kampf um die schon fast verlorene Freiheit wieder aufnehmen.

Überall wo heutzutage ein neuer "Geßler" seinen Hut auf eine Stange hängt, muss sich eine Häufchen freier Bürger finden, die nicht mehr mitspielen. Solange es aber genug Schwache und Schwächlinge gibt, die sich beherrschen und für einen Hungerlohn ausbeuten lassen, solange es genug Duldsame gibt, die versuchen, lieber auch noch aus dem

kleinsten ALG-II-Almosen ihr Quentchen Zufriedenheit zu ziehen, statt sich in Würde aufzulehnen, wird es der wildgewordenen Horde von Reichen und Neureichen an nichts fehlen. Jedes neugeborene Kind wird unbarmherzig in das Heer derjenigen eingereiht, die um des schieren Überlebens Willen nicht anders können, als sich in der einen oder anderen Form zu prostituieren. Nur der Rückgang der Bevölkerungsdichte und damit die Verringerung der Zahl potentieller Sklaven kann ab einem bestimmten Punkt zum Kippen dieses Systems führen.

Es ist dies der Punkt, an dem Vollbeschäftigung erforderlich wird, um Komfort und Luxus der Herrschenden sicherstellen zu können. Erst von diesem Punkt an wächst die Bedeutung der Menschen wieder, hören sie auf, als beliebig austauschbare "human resources" dahinzuvegetieren. Erst wenn dieser Punkt erreicht wird, kann eine neue Welle von Veränderungen eintreten, die es uns ermöglicht, unsere Rechte zurückzuholen und unsere Würde als gleichberechtigte Teilhaber am Wohlstand dieses Landes zurückzugewinnen. Alles Gerede vom drohenden Aussterben der Deutschen, alles Gerede von der Notwendigkeit, ausländische Spezialisten ins Land holen zu müssen, alles Gerede von der Notwendigkeit zur Verlängerung der täglichen, der wöchentlichen und der Lebensarbeitszeit hat nur ein Ziel: Die Macht der Herrschenden zu festigen, die Unfreiheit der Schwachen zu zementieren und die Zahl der Unfreien groß zu halten.

Wenn also in der nächsten Zeit verantwortungsbewusste Menschen in Deutschland daran gehen werden, unserer entwickelten Gesellschaft eine neue Verfassung zu geben, um in ihr das Ideal einer freien Gesellschaft zu verwirklichen, dann sollten sie sich nicht scheuen, Freiheiten da einzuschränken und durch Rechte und Pflichten zu ersetzen,

wo es zum friedlichen Funktionieren der arbeitsteiligen Gesellschaft erforderlich ist. Nichts, woraus sich Streitigkeiten und Unfrieden entwickeln könnten, braucht - aus einem falschen Freiheitsverständnis heraus - ungeregelt, und damit dem Faustrecht überlassen bleiben.

Dass der gegenteilige Versuch, nämlich durch Deregulierung Freiheiten zu gewinnen, nicht nur dazu führt, dass Rechte und Pflichten verschwinden, sondern auch dazu, dass sich der aus Regulierung entstandene "Gemeinschaftsgewinn" rückstandsfrei in Luft auflöst, erleben wir seit Beginn der sogenannten Reformpolitik jeden Tag aufs Neue. Solange die notwendigen Freiheitsbeschränkungen gerecht und sinnvoll formuliert werden, werden die damit gleichzeitig begründeten Rechte allen Mitglieder der Gesellschaft zum Nutzen dienen. Denn eines ist sicher:

*Wenn Freiheit zu Gunsten der Gemeinschaft
sinnvoll aufgelöst oder beschränkt wird,
entstehen daraus nicht nur Rechte und Pflichten,
sondern darüber hinaus auch ein "Gemeinschaftsgewinn"*

Ein Freiheitsideal kann durch die Übertragung von Pflichten und Verantwortung nicht beschädigt werden, wohl aber durch Beschränkungen der Freiheit, sich zu entfalten und zu entwickeln, durch die Beschränkung der Freiheit, Geheimnisse vor der Gesellschaft zu haben, der Freiheit, sorglos auf die Unverletzlichkeit der Wohnung, des Post- und Telekommunikationsgeheimnisses vertrauen zu dürfen, der Freiheit sich friedlich zu versammeln und der Freiheit, sich seine Regeln - von der Europäischen Verfassung bis zur Gemeindeordnung - in demokratischen Prozessen, die den Namen verdienen, selbst zu geben.

Erst wenn die Einordnung in die Gemeinschaft mit der Freiheit zur Entfaltung der Persönlichkeit belohnt wird, erweist sich die Gesellschaft insgesamt als stabil, lebens- und leistungsfähig.

Teil 2

Gemeinschaft in Freiheit drinnen und draußen

Am Reichstag in Berlin prangt seit Weihnachten 1916 in sechzig Zentimeter hohen Lettern die Widmung:

"DEM DEUTSCHEN VOLKE"

Im Jahre 2000 hat dem der Künstler Hans Haacke im Reichstag ein Kunstobjekt entgegengestellt, das den Titel trägt:

"DER DEUTSCHEN BEVÖLKERUNG"

Der Unterschied im Wortlaut der Widmungen ist gering, aber der Widerstand, den der Künstler und die Befürworter seines Projekts zu überwinden hatten, war enorm. Auch und gerade durch diesen vehementen Widerstand hat Haackes Aktion wie keine andere dazu beigetragen, auf den durchaus vorhanden inhaltlichen Unterschied zwischen den Begriffen "Volk" und "Bevölkerung" hinzuweisen und damit viele, die sich für solche Feinheiten bis dahin nicht interessiert hatten, in eine Diskussion hineinzuziehen, die sich um eine Grenzlinie dreht, die auf keiner Landkarte zu finden ist. Eine Diskussion, die von so vielen Interessen so leidenschaftlich befeuert wird, dass dabei längst alles durcheinandergeworfen ist, was fein säuberlich getrennt und unabhängig voneinander behandelt werden muss, wenn es gelingen soll, den Kern des Problems freizulegen und eine Antwort auf die Fragen zu geben:

"Was ist Deutschland - und wer ist Deutscher?"

Der historische Ansatz

Die Geschichtsbücher haben für diese Fragestellung die unterschiedlichsten Antworten. Es kommt ganz darauf an, in welchem Jahrhundert und in welchem Jahrzehnt man nach Herrschaftsbereichen sucht, deren Gebiete sich mit dem Gebiet des Deutschlands unserer Tage überschneiden. Entsprechend vielfältig sind die Kombinationen von Stämmen und Volksgruppen, die jene Reiche bevölkerten und sich dabei auch munter vermischten. Wer ernsthaft versucht, in den Höhen und Tiefen der europäischen Geschichte die unverwechselbaren Spuren eines ursprünglichen "deutschen Volkes" zu finden und deren direkte Nachfahren als die wahren Erben deutscher Geschichte zu identifizieren, der wird schnell einsehen, dass das ein müßiges, unsinniges und letztlich auch unseliges Unterfangen ist. Wer dennoch daran geht, eine völkische Theorie aufzustellen und dafür nach Beweisen sucht, wird für fast jede gewünschte Aussage auch die passenden Beweise finden - er muss nur vernagelt genug sein, alle übrigen geschichtlichen Fakten, die seinem Bild widersprechen, schlicht zu übersehen.

Es gibt einerseits die lange und wechselvolle Geschichte Europas mit ihren sich ständig verändernden Herrschaftsgebieten, Staatenbildungen und großen Völkerwanderungen, die nicht nur auf den Hunneneinfall und die Wanderungen der Goten, Vandalen und Langobarden beschränkt blieben. Auch jüngere Wanderungsbewegungen, wie z.B. die Ansiedlung von Millionen Polen im Ruhrgebiet, wo die beginnende Industrialisierung im ausgehenden 19. Jahrhundert Arbeitskräfte aus aller Herren Länder anzog, gehören zu den Fakten, welche die Geschichte Europas beeinflussten.

Andererseits gibt es die relativ kurze Geschichte Deutschlands, das eben nicht 9 nach Christus von Armin dem Cherusker im Teutoburger Wald, oder um 800 nach Christus von Karl dem Großen, sondern erst 1871 mit der Proklamation des "Deutschen Reiches" gegründet wurde und als Staat entstanden ist. Dass dieser Staat vor nunmehr 137 Jahren nicht nur über ein Staatsgebiet, sondern mit den Menschen, die auf diesem Staatsgebiet lebten, auch über ein Staatsvolk verfügte, ist die zwangsläufige Folge Bismarck'scher Politik, hat aber, ohne die Größe seiner Leistung damit beschneiden zu wollen, dennoch keine anderen Menschen hervorgebracht, als jene, die zu diesem Zeitpunkt im Gebiet des neugegründeten Reiches siedelten. Es ist weder 1871 noch irgendwann davor oder danach durch einen speziellen Schöpfungsakt ein "Deutsches Volk" entstanden, das über besondere und einzigartige Fähigkeiten und Merkmale verfügte. Die noch darüber hinausreichende Idee, alle Deutschen seien Angehörige einer ganz besonderen Rasse, ist einfach nur abwegig.

Wenn wir also heute darüber nachdenken, wie "Freiheit" in Deutschland - am besten schon ab morgen - vernünftig und gerecht zu gestalten sei, dann wird die Geschichte bei der Frage, für wen diese Freiheiten gelten sollen, nicht viel weiter helfen, weil es eine eindeutige abstammungsgeschichtliche Antwort auf die Frage: "Wer ist Deutscher?", nicht gibt.

Der pragmatische Ansatz

Ausgangspunkt für die Frage: "Wer gehört zu uns?", kann nur die Gegenwart sein. In der Gegenwart leben aber auf dem Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht nur jene Menschen, die aufgrund ihrer Abstammung und Ge-

bietszugehörigkeit von 1871 an als Deutsche gelten können, sondern auch jene Menschen und ihre Nachkommen, die wir einst als Gastarbeiter ins Land geholt haben, um mit Hilfe ihrer Arbeit die Industrialisierung zu voranzutreiben und - später - das Wirtschaftswunder zur höchsten Blüte zu treiben. Ein Teil davon hat die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen, ein Teil nicht.

Es leben darüber hinaus viele weitere Menschen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, die aus den unterschiedlichsten Gründen ins Land gekommen sind. Ein Teil davon legal, mit Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung, ein Teil illegal und ohne jede Rechtsgrundlage. Unter allen diesen Menschen gibt es solche, die sich als Deutsche fühlen und ihren Platz in der deutschen Gesellschaft suchen und finden, und solche, die in unserem Lande Fremde bleiben. Wobei nicht unerwähnt bleiben soll, dass die Chance zur Integration nicht alleine vom Willen der Migranten abhängt, sondern auch von der Bereitschaft der "Eingesessenen", sie auf- und anzunehmen.

Unter all' diesen Menschen mit ihren unterschiedlichen Schicksalen und Zielsetzungen sind es ausgerechnet die Illegalen, die es ermöglichen, klar und eindeutig feststellen zu können, dass nicht jeder, der sich auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland aufhält, deshalb schon zu "uns" gehört, und sich damit das Recht erworben hat, unsere Rechte und Freiheiten zu teilen und am "Gemeinschaftsgewinn" teilzuhaben, selbst dann nicht, wenn er die Bereitschaft zeigt, auch die entsprechenden Pflichten zu übernehmen, was allerdings aus der Illegalität heraus recht schwierig sein dürfte.

Dass niemand seine für sich getroffene Entscheidung, zu uns gehören zu wollen, ohne unser Wissen und unsere Billigung wirksam umsetzen kann, ist eine fundamental wichtige Fest-

stellung, die nur von wirklich böswilligen Kommentatoren als Ausfluss unüberwindlicher Ausländerfeindlichkeit angesehen werden kann. Gleich hinter dieser Linie der Erkenntnis ist das Terrain allerdings vermint. Wer glaubt, von dieser argumentatorischen Basis aus schnell und direkt weiter vorangehen zu können, unbedacht vorprescht und schon nach wenigen Schritten unfreiwillig in die Luft fliegt, verdient kein Mitleid. Das Minenfeld ist deutlich markiert. Der scheinbare Umweg, nämlich erst einmal ganz grundsätzliche Überlegungen anzustellen, welche unterschiedlichen Formen von Gemeinschaften es gibt, und wie man die Zugehörigkeit dazu erlangt, führt nicht nur sicherer zum Ziel, er eröffnet auf dem Weg dahin auch wichtige Erkenntnisse.

Parallelgemeinschaften

Überall da, wo der Staat die einzige Gemeinschaft ist, der man angehören kann, weil alle innerhalb des Staatsgebildes existierenden Gruppierungen über eine einheitliche Führung und Ausrichtung gleichgeschaltet sind, etablieren sich zwangsläufig Parallelgemeinschaften im Untergrund. Die Menschen sind zu unterschiedlich. Eine zentralistische Führung ist schon aus rein organisatorischen Gründen nicht in der Lage, allen Interessen gleichermaßen zu dienen und individuellen Vorlieben oder Abneigungen Rechnung zu tragen. Vor allem ist es ihr vollkommen unmöglich, neuen Ideen und sich verändernden Werten mit der Anpassung der verbindlich vorgegebenen Ideologie so schnell zu folgen, dass den Angehörigen der Zentralgemeinschaft der erhoffte "Gemeinschaftsgewinn" entstehen könnte. Das führt regelmäßig zum Zerfall von zwangsweise - und an den Bedürfnissen der Menschen vorbei - gebildeten Gemeinschaften. Ein schönes Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit dafür

ist das Jugoslawien des Marschall Tito, das zeigt, dass auch die beste Absicht eine törichte Entscheidung nicht heilen kann. (Dass die EU unweigerlich den gleichen Weg gehen wird, wenn es nicht in letzter Minute gelingt, den Prozess des Zusammenwachsens von Nationen, die in vielerlei Hinsicht dafür einfach noch nicht reif sind, zu entschärfen, kann mit großer Sicherheit vorhergesagt werden.)

Was Menschen in Gemeinschaften alles suchen und finden, wenn man ihnen die Freiheit lässt, sich nach ihren Interessen und Neigungen in Vereinigungen jeder Art zusammenzufinden, reicht von Sicherheit, Geborgenheit und Zuversicht, wie sie zum Beispiel den Angehörigen religiöser Orden als Lohn für mancherlei Verzicht winken, über das Gefühl gemeinsamer Stärke und Macht, die der Hooligan in der Masse Gleichgesinnter verspürt, wenn es darum geht, die Fans der gegnerischen Mannschaft in die Flucht zu prügeln, bis hin zu jenem stillen, hilfsbereiten Verständnis, das Menschen bewegt, sich Selbsthilfegruppen anzuschließen.

Aber es gibt auch die sprichwörtliche Kameradschaft von Soldaten im Fronteinsatz, die Verbundenheit in gemeinsamer Trauer, die manchmal wildfremde Menschen dazu bringt, sich gegenseitig um den Hals zu fallen; es gibt die in ihr Schicksal ergebene Gemeinschaft der Kranken einer Lep-rakolonie und es gibt verwandtschaftliche Bande, die eine lebenslängliche Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft begründen, die man sich nicht selbst aussuchen konnte.

Schüler bilden Klassengemeinschaften, Mitarbeiter von Unternehmen und Behörden bilden in den formalen Gliederungen von Abteilungen und Dienststellen ihre Gemeinschaften, aber auch in Betriebssportgruppen und - quer über alle offiziellen Ordnungen hinweg - auch völlig informelle Gruppierungen. Letztlich bilden auch die Bürger von Gemeinden, Landkreisen und Bundesländern Gemeinschaften,

die - im gesetzlich vorgesehenen Rahmen - aufgerufen sind, ihr Zusammenleben auf der jeweiligen Verwaltungsebene selbst zu regeln.

Diese Sammlung von Beispielen unterschiedlichster Gemeinschaften lässt einige Grundprinzipien menschlicher Gemeinschaftsbildungen erkennen:

- Gemeinschaften können sowohl auf freiwilliger Basis spontan, wie auch unter Zwang gebildet werden oder aufgrund historischer Entwicklungen vorgegeben sein. (Verein: freiwillig und spontan, Wehrpflichtigenkompanie: Zwang und historische Entwicklung)
- Jeder kann gleichzeitig Mitglied mehrerer unterschiedlicher Gemeinschaften sein - und ist das in der Realität auch. Derartige Überschneidungen von Gemeinschaften können sowohl horizontaler wie auch vertikaler Natur sein (horizontal zum Beispiel: Schützenverein, Gesangsverein, Kirchengemeinderat - vertikal zum Beispiel: Betriebsrat, Aufsichtsrat).
- Menschen, die lediglich eine Reihe von gleichen, statistisch relevanten Merkmalen aufweisen, wie es z.B. die Zielgruppen der Werbewirtschaft oder die Bezieher von ALG II sind, können wegen dieser gemeinsamen Merkmale noch nicht als Gemeinschaft angesehen werden. Dazu ist es erforderlich, dass sie sich selbst organisieren, gemeinsame Ziele anstreben, sowie Rechte, Verantwortung und Pflichten formulieren.
- Menschen, die per Gesetz aufgrund ihrer Abstammung, Herkunft oder bestimmter Eigenschaften einer bestimm-

ten bestehenden Gemeinschaft zugeordnet werden, bilden allerdings sehr wohl eine Gemeinschaft und unterliegen deren Ordnung, auch wenn sie sich nicht aktiv für deren Ziele einsetzen, die ihnen zugewiesene Verantwortung ablehnen und ihren Pflichten nicht nachkommen. Solche Zwangsgemeinschaften bilden z.B. die Mitglieder der IHK, die Wehrpflichtigen einer Gruppe oder Kompanie, aber auch die Bürger einer Stadt oder eines Bundeslandes.

In Deutschland lebende Menschen sind aufgrund historischer Entwicklungen (Staatenbildung, Landesgrenzen, Stadtgründungen) per Geburt oder Zuzug zwangsweise Mitglied von Gemeinschaften. Diese umfassen jeweils die gesamte Bevölkerung einer klar umschriebenen Landfläche und unterwerfen diese einer einheitlichen Ordnung, aus der Rechte, Pflichten und Freiheiten hervorgehen.

- Grundsätzlich können alle Gemeinschaften unterschiedliche Kategorien der Gemeinschaftszugehörigkeit festlegen. Ein Wohlfahrtsverband kann zwischen aktiven und Fördermitgliedern unterscheiden und darüber hinaus auch noch Ehrenmitglieder ernennen. Gemeinden können ihren Bürgern unterschiedliche Rechte und Pflichten einräumen, alleine abhängig davon, ob sie ihren Erst- oder Zweitwohnsitz dort haben. Selbst der Gesamtstaat unterscheidet zwischen Bürgern, denen alle Grundrechte gewährt werden und solchen, deren Grundrechte eingeschränkt sind, wie z. B. Soldaten, Strafgefangenen oder Entmündigten. Letztlich trifft er auch die Unterscheidung zwischen solchen Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen - und solchen, die sie nicht besitzen.

Nachdem man sich diese Sachverhalte in Erinnerung gerufen hat, erscheint das ganze aufgeregte Gezerre um Inländer und Ausländer, um Volk und Bevölkerung, um Angst vor dem Aussterben und Angst vor Überfremdung relativ absurd.

Der Umweg um das Minenfeld hat sich gelohnt. Niemand muss bis zur Heiserkeit brüllen "Ausländer raus!", niemand muss uns bis zur Erschöpfung an unsere humanitären Verpflichtungen gegenüber Asylbewerbern erinnern, niemand muss verzweifelnd auf die kopfstehende Alterspyramide verweisen und damit die Notwendigkeit des Zuzugs junger Menschen begründen:

*Wir leben nicht im Chaos und es droht kein Chaos,
denn wir haben Regeln - und, was wichtiger ist:
Wir sind in der Lage, unsere Regeln anzupassen,
zu verändern und fortzuschreiben.*

Wenn dies einigermaßen klar geworden ist, wird auch klar, dass wir kein "Ausländerproblem" haben. Das könnten wir nämlich lösen. Wir haben ein "Inländerproblem", das darin besteht, dass wir es nicht geschafft haben, eine gemeinsame Vorstellung davon zu entwickeln, wer wir sind, wer wir sein wollen, wer zu uns gehört, wer sich uns unter welchen Bedingungen anschließen darf - und wer nicht.

Hätten wir eine gemeinsame Vision, eine gemeinsame Zielvorstellung, gemeinsam erarbeitete Kriterien für die Aufnahme fremder Menschen in unsere Gemeinschaft - unser Problem hätte sich längst in Luft aufgelöst. So aber scheiden sich an dieser Frage weiterhin die Geister. Die Feigheit der Vertreter der Mitte, selbst klare Standpunkte zu beziehen, hat es den Vertretern extremer Positionen überlassen, immer wieder an die Notwendigkeit der Diskussion zu erinnern. Das ist ein einfacher Trick, das Problem totzuschweigen,

denn auf Argumente und Meinungsäußerung von "Nazis" und "Kommunisten" kann man getrost mit jenen in langen Jahren perfekt eingeübten Abscheureaktionen reagieren, die nicht nur geeignet sind, den politischen Gegner bestmöglich zu diffamieren, sondern - und darauf kommt es wohl an - auch das von diesem vorgetragene Problem als "nicht diskussionswürdig" vom Tisch zu wischen und es selbst nie wieder aufgreifen zu müssen.

Völlig daneben:

Das vollkommen tabuisierte Thema

Es gibt eine Entwicklung, die im Allgemeinen verharmlosend als "Globalisierung" bezeichnet wird. Verharmlosend, weil mit diesem Begriff suggeriert wird, die Globalisierung bewirke ein Zusammenwachsen der Völker und Nationen, einen intensiveren Austausch auf allen Gebieten - von der international arbeitsteiligen Produktion bis zum besseren Kennen- und Verstehenlernen der unterschiedlichsten Kulturen. Zweiflern und Kritikern hält man entgegen, dass Globalisierung nur denjenigen Volkswirtschaften Probleme bereite, die nicht fit sind, für den internationalen Wettbewerb, dass am Ende des Prozesses der Globalisierung aber ein allgemeiner Anstieg von Wohlstand, das Verschwinden der großen Unterschiede und damit das Verschwinden aller Spannungen zu erwarten sei, dass Globalisierung also dem Frieden auf Erden und dem Wohlergehen der Menschen diene...

Faktisch aber bewirkt die Globalisierung, dass die Menschen allüberall auf diesem Globus gegeneinander in Konkurrenz gesetzt werden, dass sie von feigen Lügner, Speichelleckern

und falschen Propheten aus dem eigenen Volk aufgefordert und gezwungen werden, immer mehr Leistung zu erbringen und sich mit immer weniger Gegenleistung zufrieden zu geben. Die Menschen können sich dem nicht widersetzen, weil man sie geschickt von fast jeder Möglichkeit getrennt hat, anders als in Lohnsklaverei selbst für ihren Unterhalt zu sorgen. So wetteifern sie global um die Gunst eines fernen, gesichtslosen Kapitals, zwingen sich selbst einen ruinösen Wettbewerb auf und befriedigen - mit dem Mühen um das eigene Überleben - ohne es zu wissen, auch die größte Gier und die wildesten Gelüste jener unbarmherzigen Ausbeuter und Parasiten, die die Macht haben, jeden, der ihnen nicht zu Willen ist, bedenkenlos am ausgestreckten Arm verhungern zu lassen - und die nicht ruhen und rasten werden, bis sie auch die letzte Bastion sozialer Absicherung niedergewungen haben und Kranke und Arme, Rentner und Arbeitslose überall auf der Welt abhängig sind von dem, was sie mit großzügiger Geste bei ihren Wohltätigkeitsbällen von der Portokasse abzweigen, um sich des nimmer endenden Dankes derer zu versichern, die sie in rechtloser Abhängigkeit halten.

Es gibt aber nicht nur die Globalisierung im Großen, es gibt unterhalb der globalen Ebene den Prozess der "Europäisierung", der den Bürgern der Mitgliedsländer der EU als der Weg ins Schlaraffenland dargestellt wird. Als ob der Wegfall von Grenzkontrollen, der Wegfall ursprünglicher Landeswährungen und die Gelegenheit, hin und wieder die Mitglieder einer Organisation zu wählen, die als europäisches Parlament bezeichnet wird, wirklich darüber hinwegtäuschen könnte, dass mit den Grenzen und den Währungen auch die staatliche Souveränität und die demokratische Verfassung der Mitgliedsländer abhanden gekommen ist, weil die tatsächliche Macht innerhalb der EU nicht vom Volk,

nicht von den gewählten Abgeordneten des europäischen Parlaments, sondern von Räten und Kommissaren ausgeübt wird, deren Machtfülle nahezu unbegrenzt ist und keiner wirksamen Kontrolle unterliegt.

Der Prozess der Europäisierung nach den Regeln der EU ist ein Prozess der Entdemokratisierung und der Deregulierung. Immer mehr Menschen aus immer mehr ursprünglich eigenständigen und in vielerlei Hinsicht verschiedenen, also auch sehr wohl unterscheidbaren Gesellschaften werden zu einer großen Masse von Beherrschten, deren Rechte zur gesamtgesellschaftlichen Mitbestimmung sowohl insgesamt, wie auch auf jeden einzelnen bezogen, immer weiter abgebaut werden. Bei absoluter Ungleichheit der Lebensverhältnisse werden alle schützenden Schranken, wie sie in Form von Zöllen, von Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit für ausländische Unternehmen und ausländisches Kapital bestanden und nicht zuletzt auch in Form der eigenständigen Währungspolitik höchst wirksam waren, rigoros niedrigerissen.

Menschen aus hochentwickelten Gesellschaften und Menschen aus Staaten, die im europäischen Maßstab als wirtschafts- und vor allem sozialpolitische Entwicklungsländer gelten müssen, werden im Wettbewerb aufeinander gehetzt, ohne dass dafür Sorge getragen wurde, den Wettbewerb durch Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen zu einem fairen Wettbewerb zu machen. Die Veranstalter dieser Schmierenskomödie können gar kein anderes Ziel haben, als das Wohlstandsniveau der Bevölkerung in allen EU-Staaten innerhalb kürzester Zeit auf den niedrigst möglichen Stand abzusenken.

Neben der Fragestellung, die schon kaum noch offen auszusprechen gewagt wird, wer denn Mitglied unserer Gesell-

schaft sein soll, muss im Kontext der Frage nach "unserer Freiheit" zwangsläufig auch das vollkommen tabuisierte Thema angesprochen werden, wem wir als freie Bürger das Recht zubilligen wollen, uns auf Zeit zu regieren, weil wir sonst unweigerlich nicht mehr von selbstgewählten Repräsentanten regiert, sondern von dubiosen Statthaltern des Kapitals beherrscht werden. Die Bestrebungen, innerhalb der EU die frei gewählten und damit zur Regierung autorisierten Vertreter der Völker an den Rand zu drängen und durch die Unterwerfung unter das Vertragswerk der EU faktisch der Herrschaft von Kommissaren, Räten sowie von Richtern des Europäischen Gerichtshofs zu unterstellen (alles übrigens Organisationen, deren demokratische Legitimation so weit hergeholt ist, dass sie im Lichte der demokratischen Verfassung Deutschlands recht zweifelhaft erscheinen muss), sind weit fortgeschritten.

***Schildbürger hätten es sich nicht schöner
ausdenken können!***

*Fehlt einem Europa, das selbst in seinen höchsten Gremien
unfähig zur Verständigung ist,
wenn die Simultandolmetscher ausfallen, nicht schon die
grundlegendste Voraussetzung für die Bildung einer
lebensfähigen Gemeinschaft,
nämlich die gemeinsame Sprache?*

Unsere Freiheit, von der wir glauben, sie gegen eine drohende Überfremdung der Bevölkerung verteidigen zu müssen, weil wir uns haben einreden lassen, dass darin die eigentliche Gefahr liege, ist durch das unverkennbare Bestreben zur Ausweitung der Herrschaft global agierender,

anonymer Anteilseigner und Investoren zumindest in gleichem Maße, wenn nicht noch viel stärker gefährdet!

Wie also kann unsere Vision aussehen? Wer kann gemeint sein, wenn wir von "uns" sprechen?

Es ist zunächst wichtig, daran zu erinnern, dass Menschen grundsätzlich mehreren Gemeinschaften gleichzeitig angehören können und dass Menschen innerhalb einer Gemeinschaft unterschiedlichen Kategorien der Gemeinschaftszugehörigkeit zugeordnet sein können.

Darüberhinaus ist daran zu erinnern, dass die Satzung, die sich die "Gründungsmitglieder" einer Gemeinschaft gegeben haben und die bei Bedarf ggfs. fortgeschrieben wurde, darüber bestimmt, wer in die Gemeinschaft aufgenommen werden darf - und wer unter welchen Umständen ausgeschlossen werden kann oder muss.

Nicht zuletzt ist zu bedenken, dass jeder, der sich auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland aufhält, solange er nicht aus irgendeinem Grunde Immunität genießt, den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland unterliegt.

Was also sollte uns daran hindern, den Kernsatz des Art. 116 des Grundgesetzes so zu akzeptieren, wie er ist? Dort ist klipp und klar festgelegt:

**Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist (...),
wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, (...)**

Ob sich diese Staatsangehörigkeit im Einzelfall abstammungsgeschichtlich bis auf die Staatsgründung 1871 zurück-

verfolgen lässt oder nicht, muss irrelevant bleiben. Niemand kann einem Deutschen die Staatsangehörigkeit streitig zu machen, gleichgültig wann - seit 1871 - er oder einer seiner Vorfahren sie erworben hat. Jede andere Regelung ermöglichte es jedem, praktisch jederzeit, aus jedem erdenkbaren Grund, jedermanns Staatsangehörigkeit anzuzweifeln oder aufzuheben - eine irrsinnige Vorstellung!

- **Wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, ist Deutscher.**
- **Alle Deutschen unterliegen dem gleichen Recht, das sie sich selbst in gemeinsamer die Verantwortung für Deutschland geben.**
- **Sie erfüllen die ihnen von der Gemeinschaft auferlegten Pflichten, genießen die ihnen eingeräumten Rechte und haben am Nutzen der Gemeinschaft gerechten Anteil.**

Mit dieser Formulierung ist das Wichtigste zum Ausdruck gebracht, was über die Staatsangehörigkeit gesagt werden muss. Ein zusätzlicher Begriff der "Volkszugehörigkeit", der sich auf ethnische und kulturelle Merkmale stützt, mag in bestimmten Fällen als Kriterium für die Gewährung der Staatsangehörigkeit herangezogen werden können, darf aber keinesfalls Kriterium zur Bildung qualitativer Kategorien von Staatsangehörigen sein.

Wir, die Deutschen, sind also eine Gemeinschaft von Staatsangehörigen, unabhängig davon, ob wir uns in Deutschland aufhalten, oder nicht.

Geht es darum jene zweite, etwas größere Gemeinschaft zu beschreiben, die wir als die "deutsche Bevölkerung" be-

zeichnen wollen, dann kann auch dafür eine einfache Definition gefunden werden:

- **Der deutschen Bevölkerung gehören alle natürlichen Personen an, die sich - vorübergehend oder dauerhaft - legal in Deutschland aufhalten.**
- **Angehörige der deutschen Bevölkerung unterliegen deutschem Recht und Gesetz.**

Was spricht dagegen, alle in Deutschland lebenden Deutschen und Ausländer als "deutsche Bevölkerung" zu bezeichnen und deutschem Recht und Gesetz zu unterwerfen? Nichts!

Und nach diesen Klärungen, sind wir endlich frei dafür, als Deutsche diejenigen Regelungen zu formulieren, die wir für sinnvoll halten, um das Zusammenleben in der Gemeinschaft der deutschen Bevölkerung zu organisieren.

Orientierungsrahmen: Bevölkerungsdichte und Demografie

Deutschland ist sehr dicht besiedelt. Fast doppelt so dicht wie China. Erreichten alle Staaten dieser Welt unsere Bevölkerungsdichte, dann müsste unsere Erde nicht 6,6 Milliarden Menschen tragen, sondern rund 30 Milliarden.

Wenn wir auch mit 231 Menschen pro Quadratkilometer nicht Rekordhalter sind, gehören wir mit unseren 82,5 Millionen Menschen doch zu den bevölkerungsreichsten Staaten der Welt.

Staat	Einwohner absolut	pro qkm
China, Volksrepublik	1.296.000.000	135
Indien	1.064.000.000	324
USA	291.000.000	30
Indonesien	215.000.000	112
Brasilien	177.000.000	21
Pakistan	148.000.000	187
Russland	143.000.000	8
Bangladesh	138.000.000	936
Nigeria	136.000.000	148
Japan	128.000.000	338
Mexiko	102.000.000	52
Deutschland	82.300.000	231
Philippinen	81.500.000	272
Vietnam	81.300.000	246

Wer sich um das Wohlergehen der Deutschen in Deutschland sorgt, kann also gute Argumente dafür vorweisen, dass ein allmählicher und insgesamt verträglich gestalteter Rück-

gang der absoluten Bevölkerungszahlen und damit der Bevölkerungsdichte für unsere Gemeinschaft sinnvoll wäre:

- weil das in Deutschland gegebene Überangebot an Arbeitskräften von den Arbeitgebern - nach streng betriebswirtschaftlichen Regeln - ausgenutzt wird, um einen ruinösen Wettbewerb unter den Mitgliedern der arbeitsfähigen Bevölkerung auszulösen, was sich negativ auf die Lebensverhältnisse der Gesamtbevölkerung auswirkt,
- weil die von vielen als bedrückend empfundene Regelungsdichte nur dann vermindert werden kann, wenn die Regelungsnotwendigkeiten entfallen, die sich aus dem zu dichten Zusammenleben zu vieler Menschen ergeben,
- weil die Bevölkerungsdichte als solche eben auch ganz massive Einflüsse auf die ökologische Balance hat. Wir fürchten aus Gründen der Luftverschmutzung eine Entwicklung, die eines Tages auch in China dazu führen wird, dass auf 2 Chinesen ein Pkw kommt, der eine durchschnittliche jährliche Fahrleistung zwischen 10.000 und 15.000 Kilometern erbringt - und vergessen dabei, dass wir es geschafft haben, in Deutschland alleine mit unseren Pkws pro qkm Landesfläche eine Jahresfahrleistung von rund 1.600.000 km zu erbringen, wodurch pro Quadratkilometer jährlich rund 130.000 Liter Kraftstoff verbrannt werden müssen. Bei gleicher Pkw-Zahl pro Einwohner und gleicher Fahrleistung pro Pkw wären die Chinesen dann trotzdem erst bei einer Fahrleistung von 930.000 km und 74.000 Liter Kraftstoffverbrauch pro Quadratkilometer Landesfläche - also im Verhältnis der globalen Verschmutzungswirkung um 40 Prozent "sauberer" als wir Deutschen.

(Ansatz: Deutschland: 45 Millionen Pkws, durchschnittlich 12.500 km Fahrleistung, 357.000 Quadratkilometer, Verbrauch ca. 8 l/100 km - China: (fiktiv) 710 Millionen Pkws, durchschnittlich 12.500 km Fahrleistung, 9.572.419 Quadratkilometer, Verbrauch 8 l/100 km)

Doch wie kann der insgesamt sinnvolle Rückgang der Bevölkerung erreicht werden?

Wir wissen: Etwa 2,1 Kinder pro Familie sind erforderlich, um eine Bevölkerung konstant zu halten, mehr Kinder führen zu Bevölkerungswachstum. Der vielbeklagte Geburtenrückgang bringt uns allerdings allmählich dahin, wozu die Chinesen sich per staatlicher Notbremsung entschlossen haben, nämlich zur 1-Kind-Familie.

Wir wissen: Ein Kind pro Familie führt von Generation zu Generation zur Halbierung der fortpflanzungsfähigen Individuen und damit relativ schnell zu einem deutlichen Bevölkerungsrückgang bei erheblicher Veränderung der Altersstruktur.

Wir wissen: Die Freizügigkeitsregeln der EU erlauben (nahezu) allen Bürgern der Mitgliedsländer sich freizügig bei uns zu bewegen - und, bei Erfüllung sehr einfacher Bedingungen (5 Jahre ununterbrochener, rechtmäßiger Aufenthalt in Deutschland) sich auch dauerhaft in Deutschland niederzulassen.

Die Entwicklung der Bevölkerungsdichte Deutschlands hängt also hauptsächlich von folgenden Faktoren ab:

- Geburten- und Sterbezahlen der in Deutschland lebenden Deutschen
- Aus- und Rückwanderung von Deutschen
- Geburten und Sterbezahlen der übrigen Bevölkerung
- Zu- und Abzug von Angehörigen der EU- Mitgliedsstaaten im Rahmen der Freizügigkeitsregelungen
- Zu- und Abzug anderer Ausländer

Wo gilt es anzupacken?

Die Bevölkerung Deutschlands ist in den 50 Jahren von 1956 bis 2006 von rund 71 Millionen bis auf rund 82,5 Millionen (2002) angewachsen und bewegt sich heute mit 82,3 Millionen (darunter 8,8% = 7,255 Mio. Ausländer) wieder knapp unter dem Höchstwert. An diesem Wachstum war in ganz erheblichem Maße die Zuwanderung aus dem Ausland beteiligt, die allerdings seit 1992 kontinuierlich rückläufig ist und im Jahre 2006 nur noch einen Wanderungsüberschuss von knapp 23.000 Personen hervorbrachte.

Gelingt es, den Wanderungsüberschuss weiterhin gering zu halten, wird die auf die Gesamtbevölkerung bezogene niedrige Geburtenrate zu einem allmählichen und absolut unproblematischen Sinken der Bevölkerungszahlen führen.

Die Folge:

Mehr Platz für jeden einzelnen, weniger Umweltbelastung, weniger Regelungsbedarf, weniger Arbeitslose, steigender Wohlstand.

Europäische Staaten, wie Dänemark mit 125 Einwohnern pro Quadratkilometer, Finnland mit 15, Frankreich mit 110, Irland mit 57, Norwegen mit 14, Schweden mit 20, die Schweiz mit 178, Spanien mit auch nur 81 oder Portugal mit 113 Einwohnern pro Quadratkilometer beweisen zweifelsfrei, dass eine Gesellschaft keineswegs zusammenbrechen muss, wenn ihre Bevölkerungsdichte unter unserem Wert von 231 Einwohnern pro Quadratkilometer liegt.

Statt sich einfach immer wieder nur von der Bevölkerungsentwicklung überraschen zu lassen, sollten wir uns als Gesellschaft an den Gedanken gewöhnen, dass es bei heute insgesamt 6,67 Mrd. Erdbewohnern zu den wichtigsten Aufgaben der Politik aller Staaten gehören muss, langfristige

Zielmarken der Bevölkerungsentwicklung festzusetzen und die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, diese auch einzuhalten. Deutschland, als eines der dichtest besiedelten und bevölkerungsreichsten Länder der Welt kann sich nicht länger leisten, diese Tatsache zu verdrängen und sich einzureden - oder einreden lassen - wir seien vom Aussterben bedroht! Wenn wir - die Deutschen - uns allerdings darauf einigen, dass wir unseren Beitrag leisten wollen, die Bevölkerungsexplosion zu bremsen und auf lange Sicht möglichst umzukehren, wenn wir uns in Jahres- oder 5-Jahresschritten Ziele setzen, um wie viele Menschen unsere Bevölkerung kleiner werden soll, bis wir den angestrebten Endzustand erreicht haben werden, dann kommen wir nicht umhin, auch eine klare, eher restriktive Zuwanderungspolitik zu beschließen. Wenn es uns gelingt, das Problem unabhängig von parteitaktischen Aspekten auf der rein sachlichen Ebene zu beleuchten, können wir mutig und angstfrei beschließen, die Zahl der Zuwanderer so zu begrenzen, dass wir unsere Bemühungen zum Bevölkerungsabbau nicht dadurch ad absurdum führen, dass wir gleichzeitig ein Übermaß an Zuwanderung erlauben.

Dies gilt insbesondere für Zuwanderer aus dem Bereich der EU-Mitgliedsstaaten, weil wir mit den EU-Vereinbarungen zur Freizügigkeit unter Aufgabe eines Teils unserer Souveränität zugelassen haben, dass eine von uns nicht mehr regelbaren Quelle der Zuwanderung entstanden ist.

Fazit 1

Viele Gründe sprechen dafür, die Größe unserer Gemeinschaft, also die Zahl der in Deutschland lebenden Menschen, in einem allmählichen und verträglichen Prozess zu reduzieren.

Mit etwa 8,3 Geburten pro 1.000 Einwohner, wie sie in den letzten Jahren gezählt wurden, ist diese Entwicklung längst eingeleitet. Allerdings haben über viele Jahre hinweg massive Wanderungsüberschüsse dennoch zum Anstieg der Bevölkerungszahlen geführt. Werden sinkende Bevölkerungszahlen angestrebt, ist eine restriktive Zuwanderungspolitik unumgänglich und zugleich vollkommen ausreichend, das angestrebte Ziel in einem sanften Entwicklungsprozess zu erreichen.

Fazit 2

Die von der deutschen Bevölkerung hervorgebrachten Produkte und Leistungen (das um Importe bereits bereinigte Brutto-Inlands-Produkt / BIP) sind originäres Eigentum dieser deutschen Bevölkerung. Dass unser Wirtschaftssystem einen Zustand hervorgebracht hat, der es erlaubt, dass international agierende, anonyme Anteilseigner und Kapitalgeber einerseits einen ganz erheblichen Teil dieser Leistung zur Mehrung ihres privaten Vermögens abziehen können, ohne selbst eine relevante Gegenleistung zu erbringen und andererseits aufgrund ihrer "Eigentumsrechte" immer stärker in unsere Selbstorganisation eingreifen und versuchen, uns in wirtschaftliche Abhängigkeiten zu zwingen und dadurch zu beherrschen, widerspricht unserer Vorstellung von Souveränität und Freiheit.

Wird die Eindämmung dieser Form der Fremdherrschaft angestrebt, ist die Rückkehr zu restriktiven Vorschriften in Bezug auf die Freiheiten internationaler Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalströme unvermeidlich - gleichzeitig stellt sich die dringende Aufgabe, die Hoheit über unsere eigene Währung zurückzugewinnen, um die ausreichende Geldver-

sorgung unserer Volkswirtschaft nach eigenen Bedürfnissen selbst sicherstellen zu können.

Wer ist also "wir"?

Aus den vorstehenden Überlegungen ergibt sich meine Antwort:

- Wir, das sind alle Menschen deutscher Staatsangehörigkeit.
- Wir sind frei in unserer Entscheidung, Ausländer aufzunehmen oder - nach Maßgabe unserer Gesetze - auszuweisen.
- In friedlicher Gemeinschaft mit den in Deutschland unter unserem Recht und Gesetz lebenden Menschen anderer Staatszugehörigkeiten, bilden wir die deutsche Bevölkerung.
- Wir sind frei in unserer Entscheidung, grenzüberschreitenden Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital zuzulassen, soweit dies unseren Interessen dient und unseren Wohlstand mehrt.
- Unsere eigene Währung ermöglicht uns, den Geldumlauf unserer Volkswirtschaft jederzeit den Bedürfnissen anzupassen und den Wert des Geldes, unabhängig von internationalen Währungskrisen stabil zu halten.

Teil 3

Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.

Das hier so prominent eingefügte Sprichwort soll durchaus provozieren. Es ist nämlich hervorragend geeignet, die Schwächen unterschiedlicher Lösungsansätze sichtbar zu machen, weil es unwiderlegbar wahr und auf jeden Konflikt zwischen Nachbarn aller Art anwendbar ist. Es ist selbst dann gültig, wenn jeder von beiden Kontrahenten in seinem Umfeld der Beste ist und nichts anderes will, als in seinem Frieden zu leben. Sobald sie sich in ihren grundsätzlichen Vorlieben und Abneigungen so weit unterscheiden, dass des einen Vergnügen des anderen Leid bedeutet, werden sie sich gegenseitig als böse Nachbarn wahrnehmen.

Wenn ich in der Abenddämmerung dem Gesang des Amselmännchens lauschen will und irgendwann zornig "Ruhe!" über den Gartenzaun brülle, weil der Nachbar sich den tragbaren Fernseher auf die Terrasse geholt hat um der Live-Übertragung des Pokal-Finales im Freien zu folgen, dann ist das Amselmännchen weg und unser beider Friede dahin. Wie weit die Situation dann eskaliert, ist reine Temperamentsache.

Dabei könnte jeder, der den Konflikt neutral aus der Distanz beobachtet, erkennen:

*Der böse Nachbar ist nicht wirklich böse.
Er stört mich nur.*

So wie auch ich nicht wirklich böse bin, aber meinen Nachbarn störe. Das beiderseitige "Bösewerden" entsteht, wenn Nachbarn zu verschieden sind, um sich einigen zu können, wenn sie zu egoistisch sind, um sich - zum gemeinsamen Nutzen - gemeinsamen Regeln zu unterwerfen. Und es ist völlig egal, wer der größere Egoist ist...

Kompromisse, die nur scheinbar einen Ausgleich der Interessen ermöglichen, helfen nur, wenn die Interessen einigermaßen ähnlich sind. Sie helfen nicht, wenn die Interessen zu weit auseinanderliegen. So hilft mir z.B. das Gebot, ab 22.00 Uhr ruhestörenden Lärm zu unterlassen, in keiner Weise, den Gesang der Amsel zu genießen, weil dieser Gesang - falls die Amsel nicht durch Lärm vertrieben wird - zwischen 18.00 und 20.00 Uhr ertönt. Selbst wenn ich mich dieser Regel unterwerfe, wenn ich das Recht meines Nachbarn akzeptiere, seinen Lärm bis 22.00 Uhr zu erzeugen, schafft das keinen Frieden, denn unter dem Zwang der unzulänglichen Regel wächst mein Ärger mit jedem Tag.

Man kann das Sprichwort vom "bösen Nachbarn" ohne Substanzverlust noch weiter abstrahieren und vollständig auf seine Kernaussage reduzieren, wenn man es so formuliert:

*Die friedliche Koexistenz
konkurrierender Wertegemeinschaften
erfordert*

Distanz.

Natürlich kann man versuchen, die Gültigkeit dieser Aussage dadurch außer Kraft zu setzen, dass man sich weigert, Unterschiede zwischen Wertegemeinschaften überhaupt wahrzunehmen und, falls die Unterschiede zu offensichtlich sind, um sie noch ignorieren zu können, dass man die aus den Unterschieden zwangsläufig erwachsenden Konkurrenzsituationen verniedlicht und als nicht konfliktrichtig einstuft.

Die Realität auf unserem Planeten sieht jedoch anders aus.

- Israelis und Palästinenser sind ein Beispiel, nicht die Ausnahme.
- Tibeter und Chinesen sind ein Beispiel, nicht die Ausnahme.
- Katholiken und Protestanten - nicht nur in Nordirland, sind ein Beispiel, nicht die Ausnahme.
- Der gesamte Balkan ist ein Beispiel, das Kosovo keineswegs die Ausnahme.
- Ruanda, Kenia und der Sudan sind Beispiele, nicht Ausnahmen.

Die Liste der Konflikte konkurrierender Wertegemeinschaften beginnt mit A wie Australien und endet bei Z wie Zypern. Kaum ein Buchstabe wird ausgelassen und die meisten sind mehrfach besetzt. Auch Deutschland steckt wieder mit-tendrin.

Die Bundeswehr sitzt aus mir unerfindlichen Gründen in Afghanistan.

Das hätte ich mir nicht träumen lassen, als vor knapp 30 Jahren die Sowjettruppen in Kabul einmarschierten.

Ich hätte es mir erst recht vor knapp 20 Jahren nicht träumen lassen, als Gorbatschow die Sowjet-Armee wieder aus Afghanistan abzog - und ich hätte es mir nicht träumen lassen, als vor 10 Jahren die ersten US-Marschflugkörper in Afghanistan eingesetzt wurden, um Osama bin Laden zu jagen.

Dass Herr Struck Anfang März 2004 die Auffassung äußerte, die deutsche Sicherheit werde "nicht nur, aber auch am Hindukusch verteidigt", ist in diesem Zusammenhang keineswegs beruhigend. Sie zeigt doch nur, dass die damalige Bundesregierung trotz der eigentlich enormen Distanz von rund 5.000 km Flugstrecke glaubte, die am Hindukusch heimische(n) Wertegemeinschaft(en) nur durch den Einsatz von Soldaten davon abhalten zu können, uns zu nahe zu kommen. Und dass wir inzwischen, trotz Regierungswechsel in Deutschland, unser "Engagement" für die deutsche Sicherheit auf einen Bestand von über 3.000 Soldaten auf afghanischem Boden (und etliche Kampfflugzeugbesatzungen im afghanischen Luftraum als Extra-Zugabe) ausgebaut haben, lässt doch den Schluss zu, dass der Konflikt durch jenes Mehr an Nähe, das wir mit unserer bewaffneten Expedition einseitig hergestellt haben, nicht kleiner, sondern eher größer geworden ist.

Der These, es bestünde die Notwendigkeit, unsere Sicherheit am Hindukusch zu verteidigen, will ich ganz bewusst entgegenhalten, dass unsere Sicherheit am Hindukusch weder verteidigt werden braucht, noch verteidigt werden kann. Viel wichtiger wäre es, den Versuch zu unternehmen, unsere Freiheit zu verteidigen, und zwar dort, wo sie angegriffen wird - im eigenen Land.

Wie aber kann die Verteidigung unserer Freiheit im eigenen Land konkret aussehen, wo sind die Kräfte der Verteidigung zu rekrutieren, wie auszubilden, von wem strategisch klug zu positionieren und taktisch richtig einzusetzen? Das sind die Fragen, die es nun zu beantworten gilt.

Die Ausgangssituation ist geklärt:

- **Wir, die Menschen deutscher Staatsangehörigkeit, streben jene Form von Freiheit an, die jedem Mitglied unserer Gemeinschaft in jeder Hinsicht die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit ermöglicht, solange dadurch die Freiheiten anderer Mitglieder unserer Gemeinschaft nicht beeinträchtigt werden,**
- **wissen, dass dazu die arbeitsteilige Gemeinschaft unentbehrliche Basis ist,**
- **unterwerfen uns daher gemeinsamen Regeln, die uns Verantwortung und Pflichten auferlegen, aber auch Rechte und angemessene Teilhabe am Nutzen der Gemeinschaft gewähren, und binden die gesamte Bevölkerung in diesen Ordnungsrahmen ein,**
- **werden alle Maßnahmen ergreifen, die notwendig sind, um uns diese Freiheit in den Grenzen unseres Landes gegen jede Form von Unterdrückung zu verteidigen.**

Dass der dritte und letzte Teil der Ausführungen über "Unsere Freiheit" zwar die Verteidigung der Freiheit zum Gegenstand hat, aber nicht auf den Kampf um die erstmalige Herstellung der Freiheit eingeht, ist weder ein Widerspruch noch eine Unterlassung, sondern eine Frage des Standpunktes und der Betrachtungsweise.

Wer sich und seine Mitmenschen als von Geburt an "freie und selbstbestimmte Wesen" versteht und es für ein allge-

meines Recht hält, seine Freiheit in den Grenzen seines Landes genießen zu können, der kann überhaupt nur in der Rolle des Verteidigers stehen. Auch dann, wenn er an alten Frontlinien neu darum kämpft, längst verlorene Freiheiten zurückzugewinnen, kann er niemals Angreifer oder Aggressor, sondern immer nur der Verteidiger seiner unveräußerlichen Menschenrechte sein - und das gilt beileibe nicht nur für uns Deutsche.

Um Missverständnissen vorzubeugen:

Das hier beschriebene Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit in den Grenzen des eigenen Landes verlangt selbstverständlich, auch in Bezug auf die Staatsgrenzen den Status quo zu akzeptieren. Es gibt - aus sich heraus - nicht das Recht, vermeintliche Gebietsansprüche oder sonstige Eigentumsrechte gewaltsam durchzusetzen oder Entschädigungsleistungen zu erpressen.

Die Organisation der Verteidigung

Zur Verteidigung unserer Freiheit eine eigene Organisation gründen und aufstellen zu wollen, wäre verfehlt. Eine solche Organisation würde einen eigenen, zwangsläufig sogar elitären Freiheitsbegriff entwickeln und für sich einfordern, ohne im notwendigen Maße in der Gemeinschaft verankert zu sein. Als Extrembeispiel für eine solche Missentwicklung darf an dieser Stelle ruhig auf die RAF verwiesen werden. Als Andreas Baader und Ulrike Meinhoff zu der Auffassung gelangten, die von ihnen für notwendig erachtete Veränderung der Republik sei nur aus dem Untergrund heraus zu erreichen, gaben sie ihre Mitgliedschaft in der Gemeinschaft auf und begannen ihren Privatkrieg zu führen. Sie haben damit nichts anderes erreicht, als einen großen Fortschritt bei der Verschärfung der Sicherheitsgesetze, weil die Vertreter des Staates sich (irrtümlich) vor die Alternative gestellt sahen, entweder Freiheit zu gewähren oder Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen und aus diesem Dilemma heraus den Sicherheitsmaßnahmen den Vorrang eingeräumt haben. Ein weiteres Beispiel für eine nicht erfolgreiche Entwicklung, war der von vornherein wenig aussichtsreiche Versuch, der sogenannten 68er, den "Marsch durch die Institutionen" anzutreten. Niemand weiß, wie viele sich dieser Idee verschrieben haben, wie viele hofften, ihre Ziele und Strebungen solange geheim halten zu können, bis sie nach der Treitmühle "Karriere" - endlich selbst an den Schalthebel der Macht sitzend - ihre Visionen umsetzen können. Aber wir alle wissen, dass von denen, die vor vierzig Jahren dazu angetreten sind, bisher keiner unbeschädigt angekommen ist. Wir hätten sonst eventuell etwas davon bemerken müssen - und die Hoffnung auf erfolgreiche Nachzügler schwindet mit jedem Jahr ein Stück mehr.

Eine wirksame Organisation der Verteidigung unserer Freiheit braucht ein anderes Konzept.

Die Grundidee lautet:

Wir müssen in allen Gemeinschaften, in die wir freiwillig oder zwangsweise eingebunden sind, jetzt - und jeden Tag aufs Neue - dafür sorgen, dass aus der "Schweigenden Mehrheit" endlich wieder eine "Aktive Mehrheit der Demokraten" wird.

Die Organisationen, welche die Kräfte bündeln und die Arbeit leisten müssen, sind alle längst existent. Wir gehören ihnen doch an. Wir haben es bisher nur nicht geschafft, sie wirksam für den Kampf um unsere Freiheit zu instrumentalisieren.

Lasst uns heute damit beginnen!

Die Strategie der Verteidigung

Die hier skizzierte Strategie beruht auf der Tatsache, dass wir als deutsche Staatsbürger in unserem Land unter der Gesamtbevölkerung ganz selbstverständlich die Mehrheit bilden. Das gibt uns die Gewissheit, in jeder Diskussion, bei jeder Abstimmung, bei jeder zu treffenden Entscheidung ganz selbstverständlich der Mehrheit anzugehören.

Weil unsere Forderung nach Freiheit nicht die egoistische Forderung einer Minderheit ist, sondern das Eintreten für die Freiheit aller deutschen Staatsbürger und die freiheitliche Ordnung, in der die gesamte Bevölkerung leben soll, werden wir praktisch überall Mitstreiter finden, die uns unterstützen.

Wo also liegt das Problem?

*Warum verlieren wir laufend Freiheiten,
statt uns unserer Mehrheit zu bedienen?*

Das Problem liegt darin, dass Menschen ganz generell dazu neigen, sich lange und erbittert um "Feinheiten" zu streiten, und damit dem berühmten "lachenden Dritten" immer wieder Gelegenheit geben, sich zum Nutznießer der Zerstrittenheit zu machen - und, dass speziell wir Deutschen dem Vorurteil, wir neigten zum Perfektionismus, nur zu gerne gerecht werden. Wenn wir uns von diesen Eigenschaften dazu verleiten lassen, unsere Freiheit auch noch in den Details der Details zu suchen und diese Details hartnäckig gegeneinander, statt die Freiheit insgesamt gegen ihre Feinde zu verteidigen, werden wir uns auch weiterhin verzetteln, vereinzeln, uns schwächen und lächerlich machen.

Dieses Risiko lässt sich vermeiden, wenn man zwei einfachen Prinzipien folgt:

- den Kampf kräftesparend stets an den Stellen und bei den Gelegenheiten führen, wo der mögliche Erfolg, gemessen am notwendigen Aufwand, am größten ist, und
- die ganze Kraft auf die Auseinandersetzung mit dem Gegner zu konzentrieren, also kleinliche Richtungsdiskussionen untereinander zu vermeiden.

Das Verhältnis von Aufwand zu Nutzen ist regelmäßig da am besten, wo wir es schaffen, Entscheidungen zu beeinflussen und damit - wie ein Judoka - die Energie der Gegner für unsere Ziele zu nutzen.

Die Vermeidung von Richtungsdiskussionen erwächst aus dem Vertrauen daraus, dass die Summe unserer Intentionen uns - auch ohne dass wir das ausdiskutieren - genau dahin führen wird, wo wir ankommen wollen. Die praktische Umsetzung dieser Prinzipien ist einfacher, als es auf den ersten Blick aussehen mag.

***Unser bevorzugtes Vorgehen
ist die Beeinflussung von Entscheidungen.***

Entscheidungen von letztlich großer Tragweite. Entscheidungen, die womöglich nur mit Zwei-Drittel-Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden können. Wollten wir nun daran gehen, ein Gremium damit zu beauftragen, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, den wir anschließend per Einschreiben mit Rückschein an den Bundestagspräsidenten senden, mit der Bitte, unseren Vorschlag der parlamentarische Beratung zuzuführen, wir hätten verloren, bevor wir unser Vorhaben begonnen hätten.

Das Parlament, einzelne Minister oder gar der Bundeskanzler können sich dem, was die Bürger im Laufe der Zeit so alles an Vorschlägen vorbringen, gar nicht widmen. Es entstünde, wollten sie es denn, ein unlösbares Kapazitätsproblem. Die Führungskräfte der Republik sind ganz erbärmlich abhängig von dem, was ihr Stab an Information überhaupt zu ihnen durchlässt - und sie können es sich nur in ganz wenigen und seltenen Fällen leisten, eine Diskussion über Sinn oder Unsinn der Empfehlungen anzufangen, die ihr Stab dazu ausspricht. Meist reicht es wohl nicht einmal dazu, auch nur die notwendigsten Verständnisfragen zu stellen.

Aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite sieht so aus, dass die Spitzenfiguren der Politik sehr wohl in der Lage sind, zu ganz bestimmten Themen, sowohl großen und bedeutsamen, wie auch kleinen und nur der eigenen Eitelkeit geschuldeten, ihren Willen deutlich zu artikulieren, und ihn - mit entsprechendem Druck - auch durchzusetzen, falls er, und darauf kommt es an, denjenigen, die die Umsetzung leisten müssen, einigermaßen in den Kram passt. Kluge Spitzenpolitiker verlangen von ihrem Apparat daher immer nur das umzusetzen, was auch den Intentionen der ausschlaggebenden Mitarbeiter entspricht.

Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, Vorstandsvorsitzende von Unternehmen oder Vereinen, Kanzler von Republiken oder Universitäten, Direktoren von Anstalten aller Art und Präsidenten von Clubs aller Art hätten auch nur die geringste Chance, in ihrer Organisation ihren Willen nach Belieben durchzusetzen. Nur wer ein feines Gespür für das in seiner Organisation Machbare hat, kann das Machbare auch durchsetzen. Die meisten allerdings bleiben, aus Angst, das Falsche zu fordern, und dabei die eigene Stellung zu riskieren, selbst hinter dem Machbaren noch weit zurück.

Die großen Unternehmensberatungen haben vieles versucht, um die sogenannte "Sperrschicht" zu eliminieren. Aber so

raffiniert die Organisationsmodelle auch aufgebaut wurden, so schnell man projektorientierte Arbeitsgruppen zusammenwürfelt und wieder in alle Winde zerstreut - gelungen ist es nicht. Ihre Kommunikation und Koordination untereinander ist nicht dadurch zu unterbinden, dass man ihnen ständig andere Aufgaben und andere formale Strukturen zuweist. Das Beharrungsvermögen der Leistungsträger ist nur mit dem Verhalten störrischer Esel zu vergleichen, die ab einer bestimmten Lastgrenze einfach stehen bleiben und keinen Schritt mehr weitergehen.

Es wäre zu einfach, genügte es, genau diese Menschen in den Organisationen zu identifizieren und dazu zu bewegen, sich querzustellen. Sie werden es nicht tun.

Ihr Nutzen aus überwiegend loyalem Verhalten gegenüber den herausragenden Führungsfiguren ist viel zu groß. Ihre Anlässe, sich querzustellen, sind fast ausschließlich in organisationsinternen Machtkämpfen zu finden, mit dem Ziel, die eigene Position und die Lage der eigenen Seilschaft zu verbessern. Um die Sache geht es dabei nicht. Aber:

Es ist nützlich, das Verhalten der "Sperrschicht" zu analysieren und sich die typischen Muster zu Nutze zu machen.

Unsere Freiheit verteidigen - eine konkrete Anleitung für jedermann

Unsere Freiheit ist davon abhängig, dass es gelingt, in unserer Gemeinschaft, die allein wegen ihrer Größe und Komplexität ohne Hierarchien und (staatliche) Autorität nicht auskommt, diejenigen Personen als "Führungskräfte" zu installieren, die selbst vom Geist unserer Freiheit beseelt sind. Es heißt:

"Der Fisch beginnt vom Kopf her zu stinken."

Im Umkehrschluss bedeutet das: Es genügt, alle Anstrengungen, unsere Freiheit zu verteidigen, darauf zu konzentrieren, unsere Hierarchien bis hinauf in die Spitze mit Menschen unseres Vertrauens zu besetzen. Dass dies bisher, trotz aller schönen demokratischen Rituale nicht gelungen ist, hängt hauptsächlich damit zusammen, dass diejenigen, die von wenigen Parteibonzen in aller Verschwiegenheit in den geheimen Hinterzimmern der Macht dafür ausersehen werden, sich zur Wahl stellen zu dürfen, die besten Chancen haben, wenn sie eine der beiden nachstehend aufgeführten Voraussetzungen erfüllen:

Entweder sie sind zu jeder eigenen kritischen Urteilsfindung vollständig unfähig und gewillt, sich als Marionetten von unsichtbaren Puppenspielern willenlos auf der politischen Bühne bewegen zu lassen,

oder sie haben die Ziele der wahren Parteiführer vollständig verinnerlicht und sind intelligent genug, sich das Wahlvolk auf alle erdenkliche Weise gewogen zu machen.

Sei es dadurch, dass man auf Feindbilder und Gefahren hinweist und - wenn die Angst erst einmal geschürt ist, den alleinseligmachenden Weg zur Rettung weist, sei es, dass

man vorgibt, sich real existierender Nöte und Sorgen der Menschen annehmen zu wollen, um dann, unter diesem Vorwand alles mögliche Andere, bis hin zum genauen Gegenteil zu betreiben. Sei es, dass man Fakten verschweigt, oder, falls sie nicht zu verbergen sind, falsche Schlüsse daraus zieht, sei es, dass man die Wahrheit nur verbiegt, sei es dass man im richtigen Augenblick aalglatt genau das sagt, was die Wähler hören wollen, weil sie es ja hören wollen, oder sei es, dass man bei Bedarf keine Skrupel hat, auch ganz brutal zu lügen und zu verleumden.

Gelingt es dennoch einmal nicht, die Mehrheit zu übertölpeln, so heißt es: "Es ist uns immer noch nicht gelungen, dem Volk verständlich zu machen, worum es geht...", oder „Wir müssen uns mehr darum bemühen, die Menschen von den Notwendigkeiten zu überzeugen..."

Es gilt, unter den verantwortlichen Entscheidungsträgern die Marionetten und Falschspieler, die strohdummen Strohänner und die gewieften Demagogen zu erkennen, sie nach und nach aus ihren Positionen und von ihren Posten zu verdrängen und durch Frauen und Männer zu ersetzen, die wahrhaftig dem Ideal von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit anhängen, die sich gerne und aufrichtig dem Prinzip der Gewaltenteilung unterwerfen und es ernst meinen, wenn sie schwören, dem deutschen Volke dienen, seinen Nutzen mehren und Schaden von ihm abwenden zu wollen. Jede einzelne Machtposition, die wir für uns gewinnen, ist ein Sieg, und jeder Sieg ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg, den Interessen der Mehrheit der Demokraten bei allen anstehenden Entscheidungen das gebührende Gewicht zu geben! Lasst uns beginnen, die Zeit ist reif!

Neun Hinweise für das Gelingen

Hinweis No. 1 Einzelkämpfer

Unsere Freiheit wird von einem Heer vollständig unabhängiger Einzelkämpfer verteidigt, jeder tut an seinem Platz konsequent das, was ihm möglich ist, um unserer gemeinsamen Zielsetzung zu dienen - und bringt zugleich seine ganz persönlichen Vorstellungen und Ideale mit ein. Jeder einzelne wird sich genau da einbringen, wo er schon steht, mit all seinem Wissen, all seinen Beziehungen und all seinen Wirkungsmöglichkeiten.

Wir dürfen zwar stets voller Zuversicht davon ausgehen, dass wir viele sind und Tag für Tag mehr werden, wir können an den ringsum sichtbaren Erfolgen ablesen, dass wir auf dem richtigen Weg sind, aber es wäre falsch und gefährlich, sich zu Gruppen zusammenzuschließen und gemeinsam Pläne zu schmieden.

Auch wenn Sie, SIE ganz persönlich, Mitstreiter gewinnen wollen - und ich hoffe sehr, dass Sie das wollen, dann bitte so, dass Sie den Link auf die Seiten "Unsere Freiheit" weitergeben, selbst Ausdrucke herstellen und verteilen, oder dieses Buch weitergeben. Natürlich dürfen und sollen Sie sich zustimmend und positiv dazu äußern, auch zu aktiver Teilnahme ermuntern - aber dabei eben der Versuchung widerstehen, eine Gruppe zu bilden. Dies schützt uns vor Unterwanderung und stürzt die Feinde der Freiheit in Panik. Wem können sie noch vertrauen, sobald die ersten Erfolge sichtbar werden und für sie damit zur Gewissheit wird, von einem Heer selbständig agierende Einzelkämpfer umgeben

zu sein, von denen jeder einzelne in jedem Augenblick daran arbeitet, sie aus ihren Machtpositionen zu drängen?

Hinweis No. 2

Geheimhaltung

Wer sich als Einzelkämpfer aufmacht, unsere Freiheit zu verteidigen, tut gut daran, mit niemandem über seine Vorhaben zu sprechen und seine diesbezüglichen Aktivitäten vollständig geheim zu halten, keine Aufzeichnungen anzulegen und bei der Beschaffung eventuell notwendiger Ressourcen und bei der Einschaltung erforderlicher "Mitarbeiter" so vorzugehen, dass dadurch kein Verdacht erweckt wird.

Der sicherheitsfixierte Staat hat die gesamte Bevölkerung unter Generalverdacht gestellt. Jede Form öffentlicher elektronischer Kommunikation, jede Bewegung im Internet wird vollständig dokumentiert. Durch Handy-Ortung, Mautbrücken und die vielerorts installierten Videokameras können auch Bewegungsprofile von hoher Aussagekraft gewonnen werden. Daher gehört zu den Vorsichtsmaßnahmen der Geheimhaltung auch, sich dieser Überwachung stets bewusst zu sein und ihr - wenn nötig - auszuweichen.

Dieses Bemühen um Geheimhaltung dient nicht der Vertuschung von Gesetzesbrüchen. Wir setzen zur Verteidigung unserer Freiheit ausschließlich Mittel und Methoden ein, die vollkommen legal sind - es dient lediglich dazu, unsere Pläne vor Entdeckung zu schützen und damit die Chance zur Gegenwehr so klein wie möglich zu halten. Outen werden wir uns übrigens auch dann nicht, wenn wir glauben, am Ziel zu sein. Schließlich führen wir diesen Kampf nicht, um unserer persönlichen Ehre willen, sondern ausschließ-

lich, um unsere Freiheit zu verteidigen - und dass die Freiheit, ist sie denn einmal errungen, dennoch ständig verteidigt werden muss, darf nicht vergessen werden.

Hinweis No. 3

Die klassischen Aktionen

Die Unfreiheit dient einer kleinen Zahl von Nutznießern. Diese müssen sich zwangsläufig anderer Menschen bedienen, um die Maßnahmen zur Freiheitsbeschneidung durchsetzen zu können. Praktisch jeder Mensch - der eine häufiger, der andere seltener - kommt im Laufe der Zeit in die Nähe von illegalen oder zumindest fragwürdigen Aktionen die direkt oder indirekt der Gemeinschaft schaden und damit gegen den Geist unserer Freiheit verstoßen. Dadurch wird jeder - ob als Mitarbeiter, Mitbesitzer, Mitbewerber, Mitbewohner, Mitbürger, Mitfahrer, Mitglied, Mitinhaber, Mitmensch, Mitschuldiger, Mitspieler, Mitverantwortlicher, Mitwirkender oder Mitwisser aufgefordert, sich daran zu beteiligen. Aktiv, als Planender, Leitender, Ausführender oder Kontrollierender - passiv, als Duldender, Erlaubender, Wegsehender oder Beschirmender. Diese Mitwirkung kann durch Geld oder Naturalien, durch Orden und Ehrungen honoriert oder durch Druck und Erpressung erzwungen werden.

Wir werden uns der geforderten oder angebotenen Mitwirkung nicht grundsätzlich verweigern. Wir werden uns unter Umständen sogar freiwillig anbieten. Unsere Chance besteht darin, dass wir auf diese Weise Initiatoren und Unterstützer solcher unsauberen Aktionen kennengelernt haben - und diese, von da an, durch die konsequente Sabotage ihrer Vor-

haben, als das erscheinen lassen können, was sie sind, nämlich untauglich zur Führung in einer freien Gesellschaft.

Zu den klassischen Aktionen gehört es, geheimgehaltene "unanständige" Aktionen durch **Indiskretion** ruchbar zu machen, terminkritische "unanständige" Aktionen durch **Verzögerung** aufzuhalten, stümperhaft angelegte "unanständige" Aktionen in sich selbst zusammenbrechen lassen, indem man sich die Freiheit nimmt, die **Fehler übersehen** zu dürfen, die den Initiatoren unterlaufen sind - und natürlich gehört es in jedem offenkundig gewordenen Einzelfall dazu, auf die sichtbar gewordenen Schwächen der Initiatoren und Befürworter hinzuweisen - ganz egal wie es dazu gekommen ist, also auch dann, wenn Sie gar keinen Anteil daran hatten.

Hinweis No. 4 Mitbestimmen!

Weil praktisch jeder einer oder mehreren Organisationen angehört, und weil praktisch innerhalb jeder Organisation demokratische Instanzen und Rituale existieren, so schwach und harmlos sie auch wirken mögen, ist es praktisch jedem möglich, innerhalb jeder Organisation, der er angehört, Mitbestimmungsrechte wahrzunehmen.

Ich meine damit nicht speziell nur die Mitbestimmungsrechte nach dem Betriebsverfassungsgesetz, sondern alle Rechte, die sich aus Wahlen (vom Klassensprecher angefangen) und Abstimmungen (z.B. Abstimmung von Vereinsmitgliedern über Satzungsänderungen) regelmäßig ergeben. Vor allem aber gilt es, sich im Vorfeld von Wahlen und Abstimmungen zu engagieren und sich darum zu kümmern, dass die zur Wahl stehenden Kandidaten bestmöglich ausgewählt, die zur Abstimmung anstehenden Entscheidungen bestmöglich

formuliert werden. Wir müssen nicht zu einem großen Workshop einladen, wo alle unsere Vorstellungen so lange diskutiert werden, bis keiner mehr sich darin wiederfindet - es genügt vollkommen, ja es ist sogar viel effektiver, wenn jeder dort, wo er steht, sein geschriebenes Mitbestimmungsrecht wahrnimmt und hartnäckig einfordert, falls es ihm verweigert wird.

Suchen wir also den Kontakt zu denjenigen, die Wahlen und Entscheidungen vorbereiten, versuchen wir herauszufinden, wer das überhaupt ist, bringen wir unsere Vorschläge ein und lassen wir uns nicht schnell abspeisen.

Gegenargumente müssen begründet werden, sonst machen wir auf die undemokratischen Vorgänge in den "Klüngeln" aufmerksam, die jede Entscheidung vorherbestimmen und Alternativen nicht aufkommen lassen wollen - und wenn das alles noch nichts hilft, kann man zumindest aus Vereinen, Genossenschaften, Religionsgemeinschaften und Parteien austreten - und eine eigene Neugründung in die Welt setzen.

Hinweis No. 5

Schwärmen und Schwelgen

Um andere für unsere Ziele zu gewinnen und sie zu motivieren, mit uns für unsere Freiheit einzutreten, ist es unabdingbar, dass wir unsere Vorstellungen von Freiheit so oft wie möglich in unsere Gespräche einflechten.

Lasst uns immer wieder schwärmen davon, wie schön es wäre, wenn... - und in Erinnerungen schwelgen an Zeiten, in den es noch möglich war, dass...

Die Älteren mögen erzählen, was einmal alles möglich war - die Jüngeren mögen aus ihrer eingengten Situation heraus ihre Utopien entwickeln.

Das wird nicht nur helfen, Unterstützung und Zustimmung zu finden, es festigt auch die eigene Vorstellung der angestrebten Freiheit, weil jedes Schwärmen und Schwelgen, wenn es Zuhörer findet, Diskussionen auslöst, die Konkretisierungen hervorbringen.

Hinweis No. 6 **Hervortreten**

Nicht jeder ist ein guter Redner, nicht jeder kommt in Diskussionen gut weg, nicht jeder hat den Mut, an die Rampe zu treten und nicht jeder hat das notwendige Selbstbewusstsein um hervorzutreten, statt stumm darauf zu warten, dass endlich der kommt, der sich vorne hinstellt und die anderen mitnimmt - aber diejenigen, die es sich zutrauen, die wissen, dass sie es können, die sich bisher nur zurückgehalten haben, weil sie gewiss sein konnten, nicht angehört zu werden, keine Zustimmung zu finden und abgelehnt zu werden, die sollen jetzt den Mut fassen, hervorzutreten - und alle anderen sollen wenigstens den Mut finden, zuzuhören, zuzustimmen und zu applaudieren. Natürlich nicht bei jedem, der sich vorne hinstellt und große Reden hält. Bloß nicht!

Aber bei denen, die in Ruhe und Bescheidenheit, voller Zuversicht und Mut die Wahrheit sagen, denen, von denen man weiß, dass ihre Taten und ihre Worte übereinstimmen, bei denen soll die "schweigende Mehrheit" den Mut fassen und durch ihre offene Zustimmung ebenfalls hervortreten. Das widerspricht nicht dem Geheimhaltungsgebot. Öffentlich für bestimmte Ziele einzutreten heißt doch nicht, sich

öffentlich als aktiver Verteidiger der Freiheit erkennen geben zu müssen. Schließlich müssen die Frauen und Männer, die eines Tages die Schlüsselpositionen erreichen sollen, sich auch anbieten, erkennbar werden und tatsächlich zur Wahl stellen. Wir werden sie zweifellos erkennen und unterstützen.

Hinweis No. 7

Helfen

Es gehört zu den schlechten Angewohnheiten, erst dann etwas zu tun, wenn alle Vorbereitungen abgeschlossen sind. Da bleibt das "Helfen" zum richtigen Zeitpunkt oft auf der Strecke. Es sei noch zu früh, heißt es - oder es wäre nicht effizient, jetzt schon etwas zu tun.

Das ist meist nur ein Zeichen für fehlende Fantasie oder eine Entschuldigung für Faulheit.

Wer einen Menschen trifft, der alleine mit einem Problem nicht zurechtkommt, und in der Lage ist, diesem - und sei es nur einen Schritt weit - dabei zu helfen, der sollte nicht zögern, seine Hilfe anzubieten und zu leisten.

Wir erwarten uns aus unserem Helfen keine Gegenleistung. Aber wir wissen, dass wir mit jeder Handreichung ein Stück Sympathie gewinnen - von Mensch zu Mensch - und dass wir mit dieser Sympathie auch Zustimmung gewinnen, Zustimmung, die jeder einzelne von uns braucht, damit unsere Ziele bald zu den allgemein akzeptierten Zielen der Mehrheit der Demokraten in unserem Lande werden. Ganz ohne BILD, BamS und Glotze.

Hinweis No. 8

Widerstehen

Jeder, der den Kopf auch nur einen Millimeter hebt, muss damit rechnen, dass er entdeckt und umworben wird. Es ist schwer, dem Angebot, eine Rolle im Spiel der Ausbeuter zu übernehmen, zu widerstehen. Es ist sogar schon schwer, ein solches Angebot überhaupt zu erkennen.

Aber wer sich einmal darauf eingelassen hat, wird sehr schnell in Verstrickungen geraten und erpressbar werden.

Nur wer in jedem freundlichen Angebot hinter der Schmeichelei nach dem eigentlichen Kern sucht und sich fragt, ob er die ihm zgedachte Rolle wirklich in letzter Konsequenz zu spielen bereit ist, wird in der Lage sein, wenn es darauf ankommt, auch dem verlockendsten Angebot zu widerstehen - sonst liegt er bald - wie Schneewittchen im Märchen - mit dem vergifteten Apfel im Mund im gläsernen Sarg. Schöne Freiheit!

Hinweis No. 9

Fantasie

Wer den Kampf um die Freiheit mit dem Vorschriftenbuch in der Hand zu führen gedenkt, hat schon halb verloren. Jeder Augenblick unseres Lebens birgt die Chance, etwas vollkommen Neues, nie Dagewesenes in die Welt zu setzen. Diese Chancen nutzen zu dürfen, ist Teil unseres Strebens nach Freiheit - daher gilt auch für den Kampf um die Freiheit: Unsere Fantasie, unser Vorstellungsvermögen unsere Kreativität sind es, die uns den einfältig-raffinierten, naiv-intelligenten und dumm-dreisten Raffmaschinen überlegen macht.

Anmerkung

Wenn wir ernsthaft für unsere Freiheit eintreten, sollten wir aufhören uns ängstlich zu sorgen, ob uns dabei vorgehalten wird, wir seien viel zu links oder viel zu rechts. Stattdessen sollten wir uns endlich darum kümmern, herauszufinden, wo wirklich unsere gemeinsamen Interessen und Ziele liegen. Die Mehrheit der Demokraten lässt sich doch nicht punktförmig in einer "Mitte" konzentrieren! Der Versuch, quer durch die Mehrheit eine willkürliche Linie zu ziehen und sie damit in zwei feindliche Lager zu trennen, nutzt nur den Anhängern des Prinzips "Teile und herrsche!" - uns nicht.

Zum Schluss

Der gedankliche Weg, der von der Schilderung dessen, was ich als "Bürgerkriech" bezeichnet habe, bis zu den abschließenden "Hinweisen zur Verteidigung der Freiheit" geführt hat, war nicht einfach zu gehen. Weder für Sie, die Sie sich bis an diesen Punkt mit meinen Argumenten auseinandergesetzt haben, noch für mich, der ich den Versuch unternommen habe, für eine möglichst breite Mehrheit der Demokraten akzeptable Vorstellungen zu entwickeln. Nun wünsche ich mir, dass diese Mühe nicht vergebens war. Alles was ich bisher - online und in meinen Büchern - an Konzepten und Lösungen angeboten habe, baut auf dem Gedanken auf, dass es irgendwie möglich sein muss, die zu ihrer Durchsetzung erforderlicher Mehrheit der Demokraten zu organisieren. Nun endlich, glaube ich den Weg dazu gefunden zu haben. Mit den "Neun Hinweise für das Gelingen" kann sich jeder daran beteiligen, die Freiheit zurückzugewinnen und sie zu gestalten. Die Frage

"Was kann ich denn konkret tun?",

ist beantwortet. Konkret genug, um noch als Handlungsanleitung zu dienen, aber auch abstrakt genug, dass jedem einzelnen die Freiheit bleibt, seinen Einsatz nach seinen Intentionen zu gestalten.

Nutzen Sie unsere Chance! Entschließen Sie sich, als Einzelkämpfer mitzuwirken, wo sich für Sie eine Gelegenheit bietet.

Helfen *Sie* mit, die Antwort zu verbreiten.
(Das ist schon die erste Gelegenheit)